



E i n l a d u n g

Hiermit lade ich Sie zur **Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales** ein.

Sitzungstermin: Dienstag, 17.05.2011, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Rathauses, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 und 27 der Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse der Stadt Herzogenrath
3. Zukunftsorientierte Seniorenarbeit in Herzogenrath
hier: alternative Wohnformen
Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2008 **V/2008/312-
E04**
4. Armut in Herzogenrath
Erstellung eines Sozialentwicklungsplanes/Armutberichtes
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2007 sowie der Fraktion DIE
LINKE vom 18.01.2010 **V/2007/287-
E03**
5. Wohnanlage für SeniorInnen in Herzogenrath, Nordsternstraße **V/2011/122**
6. Beschlusskontrolle **V/2011/123**
7. Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes Wohnen
hier: Projekt "Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit
Unterstützungsbedarf" - Aussprache zum Ortstermin in Straß am
11.05.2011 **V/2009/202-
E04**
8. Obdachlosenunterkunft Bierstraß
hier: Antrag der CDU- sowie der FDP-Fraktion vom 24.01.2011 **V/2011/132**
9. Planung und Realisierung einer weiteren Seniorenwohnanlage auf dem
Gebiet der Stadt Herzogenrath
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.05.2010 **V/2011/133**

- | | | |
|-----|--|--------------------|
| 10. | Seniorenfahrt 2011 | V/2011/021-
E01 |
| 11. | Seniorenwoche in Herzogenrath | V/2011/124 |
| 12. | Bürgerarbeit in Herzogenrath;
hier: Anfrage der Fraktion Die LINKE vom 08.04.2011 | V/2011/129 |
| 13. | Anfrage Wohngeld
hier: Anfrage Fraktion DIE LINKE vom 12.04.2011 | V/2011/134 |
| 14. | Bildungspaket in Herzogenrath
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011 | V/2011/135 |
| 15. | Mini-Jobs in Herzogenrath
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011 | V/2011/136 |
| 16. | Informationen und Anfragen | |

Herzogenrath, 11. April 2014

(Peter Joerissen)



Vorlage	Drucksachen-Nr: V/2008/312-E04												
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste	Status: öffentlich												
Zukunftsorientierte Seniorenarbeit in Herzogenrath hier: alternative Wohnformen Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2008													
Beratungsfolge:	TOP: 3												
Datum Gremium	<table border="1"><thead><tr><th>Einst.</th><th>Ja</th><th>Nein</th><th>Enth.</th></tr></thead><tbody><tr><td>17.05.2011</td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>Ausschuss für Arbeit und Soziales</td><td></td><td></td><td></td></tr></tbody></table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.	17.05.2011				Ausschuss für Arbeit und Soziales			
Einst.	Ja	Nein	Enth.										
17.05.2011													
Ausschuss für Arbeit und Soziales													

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales dankt Herrn Dr. Axel Thomas für sein Kommen und seine Ausführungen hinsichtlich alternativer Wohnformen im Stadtgebiet Herzogenrath.

Sachverhalt:

Zur Sachverhaltsklärung wird auf die bisherigen Beratungen zu Drucksachen-Nr. V/2008/312 nebst Ergänzungsvorlagen verwiesen.

Im Rahmen der zukunftsorientierten Seniorenarbeit in Herzogenrath sowie des Demographischen Wandels steht das Thema Wohnen für die Betroffenen und somit für alle am Prozess Beteiligten ganz oben auf der Agenda.

Im Zuge dessen liegt ein Schwerpunkt eindeutig auf der Schaffung/Vorhaltung von Wohnraum, der den älteren Bürgerinnen und Bürgern möglichst lange eine selbstbestimmtes Wohnen ermöglicht. Zum anderen soll Herzogenrath als Wohnstandort aber auch alters-unabhängig an Attraktivität für alle anderen Personen in den verschiedensten Familienkonstellationen gewinnen, um den negativen natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen entgegen zu wirken und die Ausgewogenheit des Generationenverhältnisses zu erhalten.

Aufgrund der Aussprache in der Sitzung vom 28.10.2011 wird Herr Dr. Axel Thomas von der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft in der Sitzung zugegen sein und den Mitgliedern des Ausschusses für Fragen hinsichtlich des Bedarfes bzw. bereits erzielter Bedarfsdeckung von alternativem Wohnraum in der Städtereion mit Fokus auf Herzogenrath zur Verfügung stehen.

Tagespflege und Betreutes Wohnen Anne-Frank-Straße in Herzogenrath



Herzogenrath-Raderfeld



Variante 2

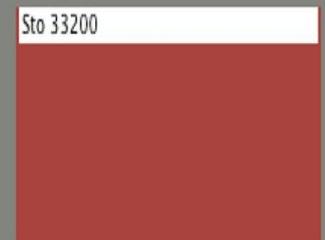
Bauherr: GWG Würselen

Bauvorhaben: Erweiterung Service Wohnen
Anne-Frank-Str. Herzogenrath

Sto 37304



Sto 33200



Wohnungstypen

50 qm 1 Person

65 qm 2 Personen

80 qm Sonderfälle

50 % der Wohnungen freifinanziert

50 % öffentlich gefördert

Innovation: Durchmischung von öMi-Kunden
mit freifinanzierten Wohnungen



Herzogenrath-Raderfeld

→ hochwertige Ausstattung

- Telefon + Internet
 - Kabelfernsehen
 - Bewegungsmelderlicht im Flur
 - Fahrstuhl
 - Notruf (vorinstalliert)
 - Sprechanlage mit Bildschirm
 - Balkone rollstuhlgerecht
 - ebenerdige Duschen
 - Brandmelder
 - hochwertige Fliesen, Türgriffe, Bodenbeläge, Duschköpfe
 - Handtuchheizkörper
 - Aufladestation für Elektro-Rollstühle
 - automatisch öffnende Haupt-Eingangstüre mittels Sensor
 - mit Rollstuhl umfahrbare Betten (Raumgröße)
- } Rahmenvertrag



III. Bauabschnitt (projektiert)

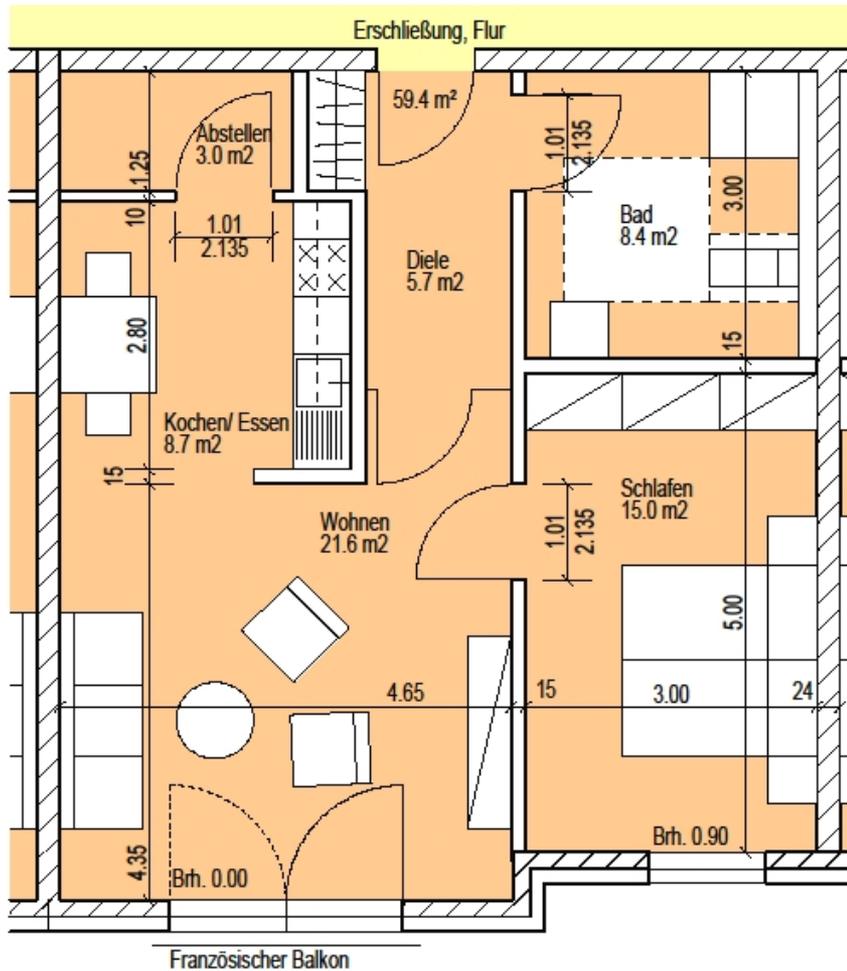
Einfamilienhäuser für sozial Schwache

100 qm Wohnfläche (Familie mit 2 Kindern)

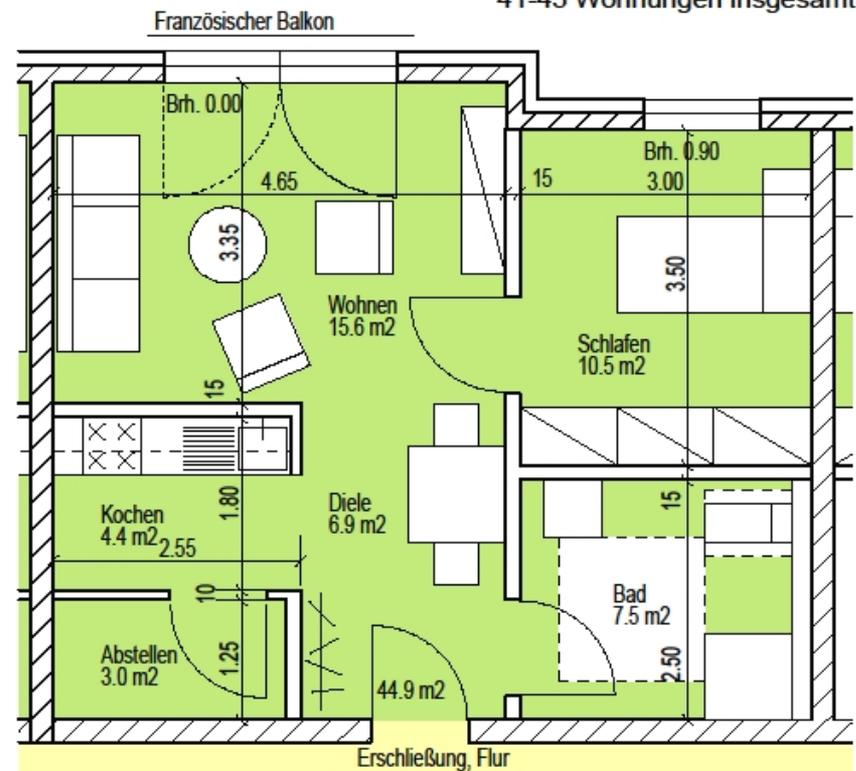
112 qm Wohnfläche (Familie mit 3 Kindern)

- Beitrag zur Demografiefestigkeit der Stadt Herzogenrath
- Renaissance Mietfamilienhäuser mit öffentlicher Förderung





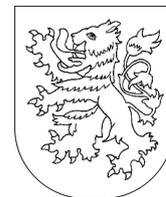
Wohnung für 2 Personen, ca. 60 m²



Wohnung für 1 Person, ca. 45 m²

22-24 Wohnungen von 45 m²
 16-18 Wohnungen von 60 m²
 3 Wohnungen von 80 m²

41-45 Wohnungen insgesamt



Vorlage	Drucksachen-Nr: V/2007/287-E03				
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste	Status: öffentlich				
Armut in Herzogenrath Erstellung eines Sozialentwicklungsplanes/Armutberichtes hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2007 sowie der Fraktion DIE LINKE vom 18.01.2010					
Beratungsfolge:	TOP: 4				
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein	Enth.
17.05.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales				

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales dankt den VertreterInnen der Stabsstelle Kultur, Empirische Forschung und Gleichstellung für ihr Kommen und die vorgestellte Auswertung.

Sachverhalt:

Hinsichtlich der Sachverhaltsklärung wird auf die bisherigen Beratungen zu Drucksachen-Nr. V/2007/287 nebst Ergänzungsvorlagen und V/ 2010/155 sowie auf die Bemerkungen in den Beschlusskontrollen verwiesen.

Beschlussgemäß wird in der Sitzung die Stabsstelle Kultur, Empirische Forschung und Gleichstellung der StädteRegion Aachen unter Leitung von Frau Dr. Mika Helfmeier vertreten sein und den Mitgliedern des Ausschusses eine Auswertung des Kompendiums Demographischer Wandel mit dem Schwerpunkt Armut vorstellen.

Die sozialräumliche Auswertung der Transferleistungsempfänger befindet sich in Vorbereitung und wird nach Möglichkeit bis zum Sitzungstermin fertig gestellt.

**KOMPENDIUM
Demografischer Wandel in der StädteRegion Aachen**



Auszüge der Ergebnisse aus den zielgruppenspezifischen Berichten

Ökonomische Situation
Armüt / Armutsrisiken

Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales;
Herzogenrath
17.05.2011

Demografischer Wandel in der StädteRegion Aachen

I. Vierteiliges **Demografie-Kompodium** (ca. 550 Seiten) auf Zielgruppen der Gesellschaft fokussiert.

Übergreifender Bericht:

1. Regionale und kommunale Bevölkerungsprognosen bis 2030 und Auswirkungen auf ausgewählte Lebenslagen (Jessica Lerche M.A.)

Zielgruppenspezifische Berichte:

2. Kinder- und Jugendliche (Dr. Gabriele Veldkamp)
3. Familie im Wandel (Dipl.Soz. Antje Rüter)
4. 60plus - Ältere Generation (Dipl.Soz. Antje Rüter)

Steuerung und Netzwerkarbeit:

5. Dr. Nina Mika-Helfmeier

Eckdaten finanzielle Situation privater Haushalte in den Kommunen der StädteRegion Aachen

► Primär- & verfügbares Einkommen

Kommune	Primäreinkommen in Euro Je Einwohner 2007	Verfügbares Einkommen Je Einwohner 2007	NRW-weite Rangziffer 2007 (x von 396)
<i>(NRW-Durchschnitt)</i>	22.378	19.290	-)
Aachen	21.190	18.150	253
Alsdorf	17.839	16.192	365
Baesweiler	17.277	15.202	389
Eschweiler	18.894	16.761	348
Herzogenrath	19.932	17.228	316
Monschau	28.634	26.068	21
Roetgen	32.738	27.215	12
Simmerath	22.218	19.441	162
Stolberg	20.031	17.916	272
Würselen	21.205	18.278	241

• Eher unterdurchschnittliche Einkommenssituation in den privaten Haushalten in den meisten Kommunen der StädteRegion Aachen

Eckdaten finanzielle Situation privater Haushalte in den Kommunen der StädteRegion Aachen

► Indikatoren: Einkommenshomogenität

- Daten zur Verteilung der Einkommen nach Haushalten in den Kommunen der StädteRegion zeigen, dass die Schere der Einkommensverteilung auseinander geht und eine relativ ungleiche Einkommensverteilung besteht.

► **Herzogenrath:**

- 49,8% der Haushalte besitzen ein vergleichbares Einkommensniveau
- Anteile der Haushalten
 - mit geringem Einkommen (<1.000€) = 14,4% und
 - mit hohem Einkommen (>4.000€) = 16,7%
- Werte im interkommunalen Vergleich im Mittelfeld
- Verteilung analog der landesweiten Referenzwerte



StädteRegion
Aachen

Ökonomische Situation älterer Menschen

18.05.2011 5

Ökonomische Situation älterer Menschen

- ▶ **Einkommensquellen älterer Menschen**
 - ▶ zu 88% Leistungen der Alterungssicherungssysteme (gesetzl. RV)
- Sonderfall:
 - ▶ Erwerbstätigkeit älterer Menschen
 - ▶ 3,5% der aktuellen Rentnergeneration sind erwerbstätig
 - ▶ Hoher Männeranteil, hoher Bildungsgrad, überwiegend Teilzeit, dient nur in geringem Ausmaß zur Aufbesserung niedriger Renten
 - ▶ Allerdings: rd. 1/5 sichert sich durch die Erwerbstätigkeit den Lebensunterhalt

Stabsstelle Kultur, empirische Forschung und Gleichstellung 18.05.2011 6

Ökonomische Situation älterer Menschen

- ▶ **Aktuelle Einkommenssituation älterer Menschen gilt generell als gut**
 - ▶ Einkommen liegt nicht wesentlich unter dem anderer Haushalte
 - ▶ Allerdings: große Spannweite
 - ▶ Einkommensschwache Haushalte → ältere, alleinstehende Frauen
 - ▶ Vor allem Frauen sind von Altersarmut betroffen
- ▶ Grundsicherung im Alter
 - ▶ Städteregional höherer Wert → hohe Grundsicherungsquote Stadt Aachen
 - ▶ Grundsicherungsquote Herzogenrath 2,5%
 - ▶ Zunehmende Zahl der Grundsicherungsempfänger/innen bis 2008 beobachtbar
 - ▶ Herzogenrath: nur minimale Veränderungen der absoluten Zahlen
 - ▶ Ende 2009: 232 Personen im Bezug von Grundsicherung im Alter

Stabsstelle Kultur, empirische Forschung und Gleichstellung 18.05.2011 7

Ökonomische Situation + Demografischer Wandel

- ▶ **Steigende Zahl älterer Menschen (60plus) in Herzogenrath**
 - ▶ Von aktuell rd. 12.000 Personen auf 17.800 Personen im Jahr 2030
- Zukünftig:**
- ▶ Einkommenssituation eher rückläufig
- ▶ Zunehmende Altersarmut
 - ▶ Wirkung geringfügige Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Arbeiten im Niedriglohnssektor, Selbstständigkeit mit geringem Einkommen, familienbedingte Unterbrechungen etc. auf die Höhe des Rentenanspruches.
- ▶ Erwerbsneigung im Alter wird ansteigen
 - ▶ Veränderungen der Berufsstrukturen (Dienstleistungsberufe) ermöglichen Ausübung auch in höherem Alter
 - ▶ Erwerbstätige haben aufgrund der Bildungsexpansion eine höhere Bildung, diese geht häufig einher mit einer Erwerbstätigkeit über die Rentenaltersgrenzen hinaus
 - ▶ zunehmenden prekären finanziellen Situation im Alter

Stabsstelle Kultur, empirische Forschung und Gleichstellung 18.05.2011 8

Ökonomische Situation von Familien

StädteRegion Aachen

18.05.2011 9

Familie im demografischen Wandel

➡ Wandel der privaten Lebensformen

- ▶ Schrumpfung des Familiensektors
- ▶ **Pluralisierung der Familienformen**
- ▶ Veränderung der Aufgaben
- ▶ Veränderung und Spaltung der Familienmilieus
- ▶ Steigende Erwerbsbeteiligung und -intensität von Müttern

Stabsstelle Kultur, empirische Forschung und Gleichstellung 18.05.2011 10

Pluralisierung der Familienformen

Familienformen 2008
- Familien mit Kindern -
in der heutigen Städte Region Aachen

Familienform	Anteil
Ehepaare	70,5%
Allein-erziehende	23,0%
Lebens-gemein-schaften	6,6%

Quelle: Schätzung auf Basis des Mikrozensus 2008 - IT.NRW 2008, eig. Berechnungen.

Stabsstelle Kultur, empirische Forschung und Gleichstellung 18.05.2011 11

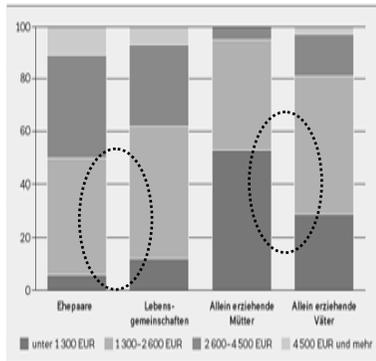
Pluralisierung der Familienformen

- ➔ **Haushalte mit minderjährigen Kindern 2009**
Fast 17,4% Einelternefamilie
(mehr als jede 6. Familie)
 - 90% aller Alleinerziehenden sind Frauen
 - 15% aller Kinder wachsen in Einelternefamilien auf
- ➔ **Risiken der Einelternefamilien**
erhöhtes Erwerbslosigkeitsrisiko;
höheres Langzeitarbeitslosigkeitsrisiko;
doppelt so hohes Armutsrisiko (40,9%) wie Paargemeinschaften (19,5%)
Der Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte mit Bezug von SGB II-Leistungen liegt bei 46,5%

Quelle: Sozialberichterstattung NRW, Kurzanalyse 01/2011 „Lebenslagen von Alleinerziehenden“
Stabsstelle Kultur, empirische Forschung und Gleichstellung 18.05.2011 12

Pluralisierung der Familienformen

Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach monatlichem Nettoeinkommen und Familienform in Deutschland (Mikrozensus 2006) in %



- ▶ **Stärkung von Familien:**
 - ▶ materielle Existenzsicherung (Basis)
 - ▶ Maßnahmen, die **Zeit** und **Infrastruktur** zur Verfügung stellen

Einkommensarmut / Armutsrisiko von Familien

- ▶ Armutsrisiken für Familien begründen sich im Wesentlichen durch „Einschränkungen“ der generellen Erwerbsmöglichkeiten der Eltern
- ▶ Armutsgefährdung: relativ arm = weniger als 50% des durchschnittlichen Nettohaushaltseinkommens.
- ▶ Als erhöht armutsgefährdet gelten:
 - ▶ **Alleinerziehende**
 - ▶ **Familien mit 3 und mehr Kindern**
 - ▶ **Familien mit Kindern unter 3 Jahren**
 - ▶ **Familien mit Migrationshintergrund / nicht deutsche Familien**
- ▶ **Familienbedarfsgemeinschaften in der StädteRegion Aachen**
 - ▶ 37% aller Bedarfsgemeinschaften sind Familienbedarfsgemeinschaften (10.071)
 - ▶ Die Hälfte aller Familienbedarfsgemeinschaften entfällt auf Alleinerziehende mit Kindern / (5.118)

Exemplarische Auswirkungen auf Lebenslagen

- ▶ **Entwicklung begründet u.a.:**
 - ▶ Nachfrage nach / Bedarf an **Wohnangeboten und -formen**, die auf (hilfebedürftige) ältere Menschen und Familien mit geringem Einkommen zugeschnitten sind
 - ▶ Schaffung/Ausbau **selbständigkeitserhaltender Strukturen und Angebote** (Wohnumfeld/(ehrenamtliche) (nachbarschaftliche) Infrastruktur/ÖPNV) für ältere Menschen
 - ▶ Schaffung/Ausbau **familientlastender Angebote**, die auch auf Phasen der pflegerischen Versorgung und Betreuung älterer Familienangehöriger zugeschnitten sind
 - ▶ Schaffung/Ausbau der **Vereinbarkeit von Familie & Beruf**, speziell auch für die Gruppen Alleinerziehende; Familien mit mehreren Kindern, um existenzsichernde Erwerbstätigkeit zu ermöglichen

Kinder und Jugendliche in Herzogenrath - Kinderarmut -



Relative Armut

Daten zur Kinderarmut

Auswirkungen der Kinderarmut

Armutsprävention und Handlungsansätze

Relative Armut

Die *relative Armut* umfasst nicht nur einen Mangel an physischer Versorgung.

Sie umfasst auch die eingeschränkte Möglichkeit, *Verwirklichungs- und Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben wahrnehmen zu können.*

Sozialbericht NRW, 2007

Risikogruppen - Kinderarmut

Kinder, die aufwachsen in: NRW (2007)

Familien mit einem Elternteil (wenn dieser nicht erwerbstätig ist) 42,6 %
67,7 %

Familien mit beiden Elternteilen (wenn diese nicht erwerbstätig sind) 21,0 %
83,2 %

Familien mit Migrationshintergrund 41,4 %

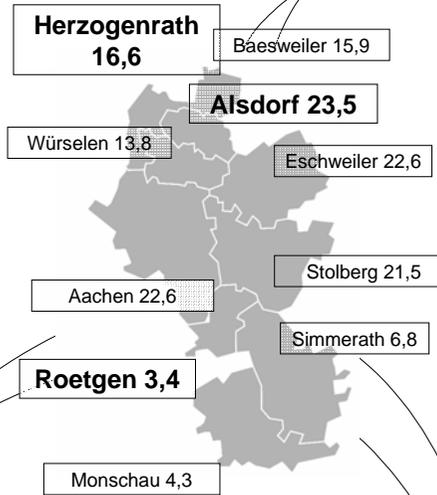
Sozialbericht NRW, 2009

Daten

Kinder < 15 Jahre im SGB II-Bezug 2010 in %

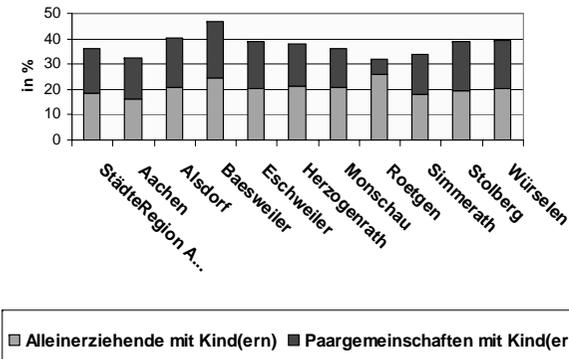
Herzogenrath jedes 6. Kind

StädteRegion Aachen jedes 5. Kind



Bundesagentur für Arbeit 2011, eigene Berechnung

Art der Bedarfsgemeinschaft mit Kindern < 15 Jahre im Sept. 2010 in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2010

Daten

Kinder und Jugendliche nach Staatsangehörigkeit in Herzogenrath (2008)

- ▶ deutsche Kinder und Jugendliche
ca. 11.202 -> ca. 91 %
- ▶ Ausländische Kinder und Jugendliche
ca. 1.130 -> ca. 9 %
- ▶ **Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund**
ca. 2.260 -> ca. 18 %

Quelle: I.L.NRW 2011, eigene Berechnung

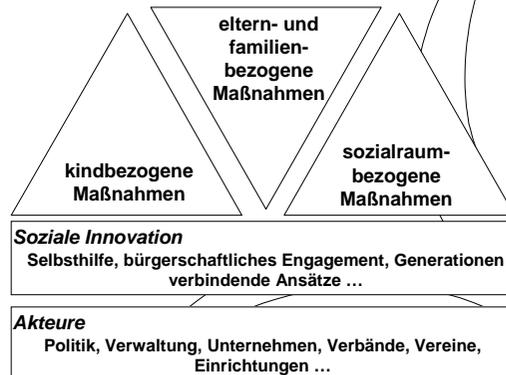
Auswirkungen

Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status sind sowohl in ihrer gesundheitlichen Lage als auch in ihren Bildungschancen benachteiligt.

Bildung trägt mit dazu bei, dass Armut sich nicht über die nächste Generation weiter fortsetzt.

Sozialberichterstattung NRW 2009

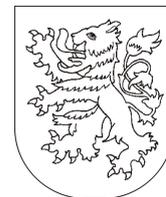
Armutsprävention und Handlungsansätze



Hilfe für Kinder in Not, 2009

Herzlichen Dank

für Ihre Aufmerksamkeit!



Vorlage		Drucksachen-Nr:	V/2011/122		
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich		
Wohnanlage für SeniorInnen in Herzogenrath, Nordsternstraße					
Beratungsfolge:			TOP: 5		
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein	Enth.
17.05.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales				

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen des Architekten, Herrn Thomes Grzechowiak, zur Errichtung einer Wohnanlage für Senioren zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Eine Investorengruppe ist an die Verwaltung mit dem Ansinnen herangetreten, in Merkstein, zwischen Noppenberger- und Nordsternstraße, 24 "Seniorenhäuser" á ca. 68 qm sowie 2 Mehrfamilienhäuser mit ca. 18 Wohneinheiten zu errichten.

Nach Aussage des Architekten, Herr Thomas Grzechowiak, besteht das Team, dazu gehört auch der Grundstückseigentümer, aus Investoren und Bauherren.

Die Häuser sollen ohne öffentliche Darlehen gebaut und dann verkauft werden (evtl. einzeln oder in Blöcken). Lediglich bei den Mehrfamilienhäusern kann man sich vorstellen, evtl. teilweise öffentliche Darlehen in Anspruch zu nehmen.

Die Planung von unterschiedlichen Wohnungsgrößen ist im Hinblick auf höhere Kosten bei kleineren Wohnungen nicht vorgesehen.

Die Berücksichtigung von „Gemeinschaftszonen“ ist vorgesehen.

Baubeginn soll erfolgen, wenn nach Beginn der Vermarktung mindestens 50 % der geplanten Häuser verkauft sind!

Herr Grzechowiak wird das Projekt in der Sitzung kurz vorstellen. Er wird dabei insbesondere auf die Besonderheiten in der Planung eingehen, die die Anlage gerade für Senioren von Interesse werden lässt.

Seniorenhäuser in Herzogenrath-Merkstein, Noppenbergerstrasse, Nordsternstrasse

Städtebauliches Konzept





2011/03/21



2011/03/21



2011/03/21



2011/03/21













TYP D: 24 Häuser à ca. 68m²
 2 Mehrfamilienhäuser:
 3-geschosig, 18 Wohneinheiten

PROJEKT:
 Seniorenhaus in
 Hagenbrunn-Markt, Nappersbergstraße, Nordbahnstraße

BAUHER:

ARCHITECT:

DPL-ING. THOMAS GIESCHOWSKI
 HAGENBRUNN
 TEL. 0043-3342-2000

NO. / DATE OF ISSUE

FUNKTION:

KONZEPT

BEZEICHNUNG

STÄDTESCHAULICHES KONZEPT

PROJEKT NR.

NO. 2018

FUNKTION

PH

STADT

BEZIRK

PLATZ

NO. 1.188

NO. 20

NO. 1



Wand	10cm
Decke	10cm
Fußboden	10cm
Tür	10cm
Fenster	10cm
Stiege	10cm
Wand	10cm
Decke	10cm
Fußboden	10cm
Tür	10cm
Fenster	10cm
Stiege	10cm

STRASSE

PROJEKT:
Bauherr: Herrmann & Partner, Ruppelstraße, 10117 Berlin

BAUWERK:
Wohnhaus

PROJEKT:
DPL-ING. THOMAS GIESCHOWSKY
BRUNNENSTR. 10, 10117 BERLIN

NO. | DATUM | BESCHREIBUNG

PLANKATEGORIE:
KONZEPT

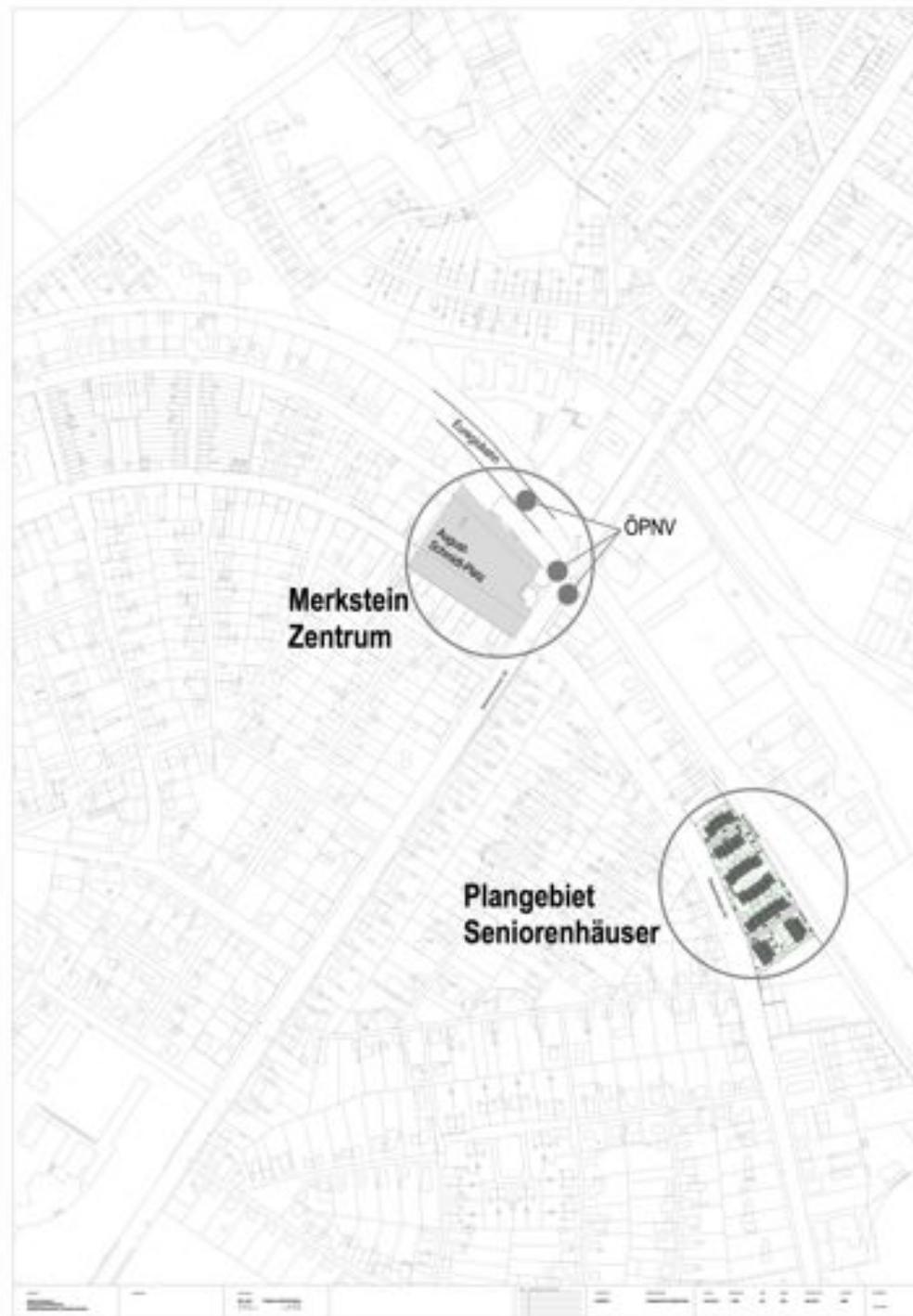
RECHNUNG:

BEISPIELE FÜR GRUNDRISS:

PROJEKT NR.	PLANKATEGORIE		
NO 2012	200		
STADT	PROJEKT	NO	STADT
BERLIN	1.08	NO	1

NAME:

ADRESSE:





Vorlage		Drucksachen-Nr: V/2011/123								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
Beschlusskontrolle										
Beratungsfolge:		TOP: 6								
Datum	Gremium	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
17.05.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die beigefügte Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Aus der beiliegenden Zusammenstellung ist der derzeitige Stand der Beschlussausführungen zu den im Ausschuss für Arbeit und Soziales behandelten Angelegenheiten ersichtlich.
Die Verwaltung bittet um Kenntnisnahme.



Vorlage		Drucksachen-Nr: V/2009/202-E04								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes Wohnen hier: Projekt "Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf" - Aussprache zum Ortstermin in Straß am 11.05.2011										
Beratungsfolge:		TOP: 7								
Datum	Gremium	<table border="1" style="float: right;"> <thead> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </tbody> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
17.05.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

Beschlussvorschlag:

./.

Sachverhalt:

Die Besichtigung erfolgte aufgrund Beschlussfassung vom 17.02.2011 zu Drucksachen-Nr. V/2009/202-E03.

Vermerk

über die nichtöffentliche Besichtigung des Spiel- und Bolzplatzes in der Josefstraße im Ortsteil Straß durch Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Soziales

am 11.05.2011

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 18.20 Uhr

Teilnehmer:

Ameis, Toni
Fink, Anne
Fischer, Hans-Günter
Jörissen, Peter
Puzicha, Josef
Radermacher, Manfred
Schlebusch, Thorsten
Sobczyk, Resi
Spiertz, Werner
Horbach, Herbert

von der Pfarre:

Hammers, Wilfried

Architektin:

Frau Siebenmorgen

von der Verwaltung:

Frau Froese-Kindermann

Mingers, Stephan

Krott, Bernd

Venohr, Jürgen

Schwark, Achim

Durch Herrn Hammers und Frau Siebenmorgen wurden die unterschiedlichen Varianten in Bezug auf die Platzierung eines möglichen Gebäudes in der Örtlichkeit versucht, darzustellen.

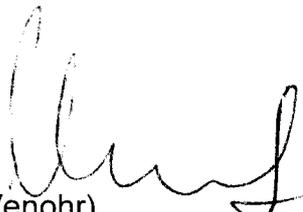
Durch den Bereichsleiter Jugend, Herrn Krott wurde zunächst darauf hingewiesen, daß es sich bei der in Rede stehenden Fläche um einen ausgewiesenen Spiel- und Bolzplatz handelt. Im Weiteren führte Herr Krott die Einzelheiten zu dem Flächenbedarf und den sich daraus ergebenden Abstandsflächen zur Wohnbebauung aus. Einzelheiten sind der Anlage zu entnehmen.

Durch den Fachbereichsleiter Mingers wurde ausgeführt, daß bereits im Januar 2009 ein Gespräch mit dem Techn. Dezernenten Staron, ihm als Fachbereichsleiter und der Architektin Frau Siebenmorgen stattgefunden habe. Bei diesem Termin sei seitens der Verwaltung deutlich gemacht worden, daß eine Realisierung dieses Bauprojektes an dieser Stelle für nicht verfolgenswert erachtet wurde.

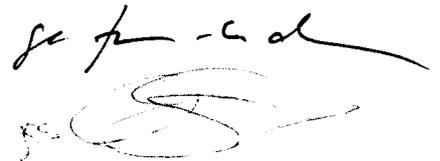
Durch den Vertreter der Brandschutzdienststelle, Herrn Schwark wurde deutlich gemacht, daß unabhängig von der Realisierung einer der Planungsvarianten ein umfangreiches Brandschutzkonzept erarbeitet werden müsse, da durch die Lage des Gebäudes und der geplanten Bewohnergruppe hier besondere Anforderungen an das Brandschutzkonzept zu stellen seien. Es wäre jedoch nicht möglich, aufgrund der unterschiedlichen Planungsvarianten und der doch sehr hypothetischen Fragestellungen hier konkrete Antworten zu liefern.

Im weiteren Verlauf des Ortstermins wurden noch unterschiedliche Zufahrtsmöglichkeiten angedacht und auch zu diesen hypothetischen Fragen konnten nur hypothetische Antworten seitens der Verwaltung geliefert werden.

Der Vorsitzende beendete den Ortstermin gegen 18.20 Uhr mit dem Hinweis, daß bei der Sitzung des Arbeits- und Sozialausschusses am 17.05.2011 die Aussprache zu diesem Besichtigungstermin auf der Tagesordnung steht und der Ausschuss sich dann nochmals mit diesem Themenkomplex beschäftigen werde.



(Venohr)
Stadtoberverwaltungsrat



Planungsdaten Spiel- und Bolzplatz Josefstraße im Ortsteil Straß

Die Planungsdaten aus dem Jahre 2008 wurden aktualisiert:
Die Größe des Spiel- und Bolzplatzes war ursprünglich mit 4.541 m² angegeben.

a) Bolzplatz

Einzugsbereich des 3.586 m² großen Bolzplatzes ist der gesamte Ortsteil Straß.
Westlich der Voccartstraße/Alte Straße ist dies der einzige Bolzplatz.

Im Einzugsgebiet wohnen insgesamt **543** Kinder und Jugendliche im Alter von 10
>18 Jahren = potentielle Nutzer.

Die Mindestbedarfsfläche für Bolzplätze beträgt Netto 600 m² (Spielfeld) bzw. Brutto
900 m².

Bisher gibt es keinen fest abgetrennten Bolzplatz, sondern die gesamte Grünfläche
kann zum (Fußball-) Spielen genutzt werden.

b) Spielplatz

Die erforderliche Spielplatzgröße bemisst sich nach der Anzahl der im Einzugsgebiet
des Spielplatzes lebenden Kinder.

Zurzeit sind dies:	28 Kinder	3>6 Jahre
	38 Kinder	6>10 Jahre
	<u>52 Kinder</u>	10>14 Jahre
Insgesamt:	118 Kinder	

Der Spielflächenbedarf beträgt demnach (118 X 9 m²) **1.062 m²**. Hinzu kommt, dass
der Spielplatz auch von der benachbarten Grundschule und der OGS mit genutzt
wird, die ebenfalls eine ausreichende Spielfläche benötigen.

Die ursprünglich vorhandene Spielplatzfläche wurde mit 955 m² angegeben. Diese
Zahl ist nicht mehr realistisch, weil ehemalige Spielplatzfläche inzwischen wegen der
OGS Erweiterung ausschließlich von der Grundschule genutzt wird.

Deshalb wird die Verwaltung künftig von dem gemäß Bedarfsplanung erforderlichen
1.062 m² Flächenbedarf für den Spielplatz ausgehen.

Dies ergibt einen **Gesamtflächenbedarf für Spiel- und Bolzplatz von 1.962 m²**.

Es darf daraus aber nicht geschlossen werden, dass **2.579 m²** sozusagen „übrig“
wären. Gerade bei einem Bolzplatz gilt es, bestimmte Abstandsflächen zur übrigen
Wohnbebauung zwingend einzuhalten.



Vorlage		Drucksachen-Nr:	V/2011/132		
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich		
Obdachlosenunterkunft Bierstraß hier: Antrag der CDU- sowie der FDP-Fraktion vom 24.01.2011					
Beratungsfolge:			TOP:		
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein	Enth.
17.05.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales				

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Es wird eine Beratung in den Fraktionen stattfinden und die weitere Vorgehensweise abgestimmt.

Sachverhalt:

Zur Sachverhaltsklärung wird auf den beigefügten Antrag der CDU- und FDP-Fraktion vom 24.01.2011 verwiesen.

Die Belegungszahlen (Frage 1) sind der beigefügten Anlage 1 zu entnehmen. Demnach waren in **2010** 72 Personen in der Obdachlosenunterkunft untergebracht, 8 Personen davon zugewiesen bereits in Vorjahren. 59 Personen verließen das Obdach wieder. Das kann heißen, es wurde anderer Wohnraum angemietet, es erfolgte eine Unterbringung in einer Asyl- bzw. Spätaussiedlerunterkunft oder aber auch, die Personen erschienen einfach nicht mehr.

In **2011** verweilten bislang 24 Personen im Obdach, 13 wiederum noch aus Vorjahren zugewiesen. Insgesamt 12 Personen nehmen das Obdach bereits nicht mehr in Anspruch.

Bei dem Gebäude in der Bierstraße handelt es sich um eine ehemalige Gaststätte mit Diskothek, die 1992 von der Stadt Herzogenrath erworben und zu einer Notunterkunft umgebaut wurde. Im Jahr 1993 wurde ein Teil des Gebäudes durch einen Brand zerstört und wieder aufgebaut.

Fast alle Bauteile des Gebäudes sind ungedämmt und entsprechen einem Standard vor 1960.

2010 musste die obere Etage des mittleren Gebäudeteils wegen Einsturzgefahr still gelegt werden. Durch Holzwurm und Schwebmbeffall war die Holzkonstruktion der oberen Decke in ihrer Tragfähigkeit geschwächt. Eine Sanierung wurde bisher wegen fehlender Haushaltsmittel und der nicht benötigten Räumlichkeiten nicht durchgeführt.

Für eine einfache Sanierung und Renovierung dieses Schadens muss mit Kosten in Höhe von ca. 50.000 € gerechnet werden.

Marode Anbauten im hinteren Bereich sind nicht mehr zu retten und können abgerissen werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 15.000 €.

Auf die Straßenfront und den angrenzenden Giebeln kann nach Entfernen der Eternitverkleidung ein Wärmedämmverbundsystem (WDVS) aufgebracht werden.

Für die vordere Front und die beiden seitlichen Giebel belaufen sich die Kosten für die Aufbringung eines WDVS auf ca. 60.000 €. Für das gesamte Gebäude betragen die Kosten um die 140.000 €.

Bei dieser Betrachtung bleiben die Erneuerung der Heizung, die Dämmung der Flach- und Satteldachflächen, sowie andere Maßnahmen zur Energieeinsparung außer Betracht.

Das Gebäude auf einen EnEV- Standard zu verbessern ist technisch möglich aber sehr kostenintensiv. Haushaltsmittel für die o.a. Maßnahmen stehen im Haushaltsplan 2011 nicht zur Verfügung.

Die Obdachlosenunterkunft Bierstraß umfasst folgende Räumlichkeiten:

2 Übernachtungszimmer (m/w) für 4 bzw. 3 Personen, 6 Zimmer für 2 Personen, 2 Zimmer für 3 Personen, 1 Zimmer für 4 Personen sowie eine Wohnung für 6 Personen.

Es können dort wegen der getrennten Eingangs- und Wohnsituationen sowohl Einzelpersonen (männlich) als auch Einzelpersonen (weiblich) und Familien untergebracht werden. Das ist in keiner anderen Unterkunft möglich. Daher wird die Unterkunft Bierstraß auch benötigt, um bei kurzfristiger Überbelegung der anderen Unterkünfte zum Beispiel bei Ankunft von Flüchtlingsfamilien eine kurzfristige (vorübergehende) Ausweichmöglichkeit zu haben.

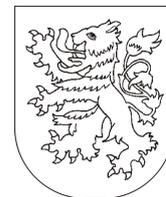
Bei Anmietung von Wohnraum zur dauerhaften Bereitstellung müsste hingegen nicht nur der wirtschaftliche Aspekt berücksichtigt werden, der hier noch nicht abschließend bewertet wurde.

Vielmehr müssten die unterschiedlichen Wohnungen für die vorgenannten verschiedenen Unterbringungsgruppen (Alleinstehende Männer, Frauen, Familien, Flüchtlinge, Aussiedler) getrennt vorgehalten werden und darüber hinaus auch die sozialen Umfeldler nach einer genauen Analyse, die ja letztendlich zur jetzigen Standortfindung der Unterbringungsstellen geführt hat, ausgewählt werden.

Zudem soll, wie mit den beiliegenden Zahlen belegt und in diesem Ausschuss ja mehrfach zustimmend zur Kenntnis genommen, die Unterbringung der Obdachlosen in einer Notunterkunft nachrangig und nur vorübergehend erfolgen. Vorrangig, wenn die betroffenen Personen/Familien in die Situation versetzt werden, aus eigener Kraft mit eigenen Mitteln wieder auf dem freien Wohnungsmarkt Fuß zu fassen. Die Unterstützung und Beratung des Bereichs Soziales gelingt dabei in der Regel schon vor der Obdachlosigkeit, oft aber auch schnell danach. Nach Einzug in eine Wohnung statt in eine Notunterkunft ist ein Motivationsschwund der betroffenen Personen, sich aus eigenem Antrieb zu helfen, zu befürchten.

Schließlich nicht gelöst werden können durch Anmietung von Unterkünften auf dem freien Wohnungsmarkt statt Unterbringung in kommunalen Obdächern die Fälle, in denen eine Kündigung der ursprünglichen Wohnung nicht wegen (vorübergehender) Zahlungsunfähigkeit erfolgte, sondern wegen Streitigkeiten mit Nachbarn, Verhaltensauffälligkeiten oder Ähnlichem. In solchen Fällen ist nicht damit zu rechnen, dass ein Vermieter eine Unterkunft für städtische Zwecke bereitstellt. Vielmehr müsste die Stadt dann wie jeder Mieter für ihre Unterbrachten für Ruhe sorgen. Das ist jedoch voraussichtlich unter üblichen Nachbarschaftsverhältnissen, die gegenüber der Nachbarschaft des Obdachs Bierstraße, die sehr tolerant ist, sicher wesentlich kritischer sind, nicht zu bewerkstelligen.

Die Verwaltung bleibt daher bei ihrer regelmäßig vorgebrachten Meinung, dass das Obdach Bierstraße unter Berücksichtigung der jetzigen Lage nicht entbehrlich ist.



Vorlage		Drucksachen-Nr: V/2011/133								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
Planung und Realisierung einer weiteren Seniorenwohnanlage auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.05.2010										
Beratungsfolge:		TOP: 9								
Datum	Gremium	<table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <thead> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </tbody> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
17.05.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

Beschlussvorschlag:

Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Soziales nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Der Ausschuss ist über die Realisierung weiterer seniorengerechter Wohnprojekte auf dem Laufenden zu halten.

Sachverhalt:

Hinsichtlich der Sachverhaltsklärung wird auf den beigefügten, ursprünglich an den Umwelt- und Planungsausschuss gerichteten, Antrag der SPD-Fraktion vom 18.05.2010 verwiesen.

Die Wohnanlage in der Anne-Frank-Straße wurde inzwischen in Betrieb genommen, die Erweiterung befindet sich im Bau.

Aktuell werden unter in Anspruchnahme öffentlicher Fördergelder und demnach barrierefrei in der Südstraße und in der Geilenkirchener Straße Neubauten errichtet. Besonderheiten (Gemeinschaftsräume, ständige Anbindung Sozialdienst, etc.) sind nicht vorgesehen. Jedoch lässt die Wohnungsaufteilung in verschiedene Größen auch ein Mehrgenerationenwohnen zu. Das Konzept wurde mit der Verwaltung abgestimmt.

Wie an den Tagesordnungspunkten 3, 5 und 7 zu erkennen ist, gehört die Thematik des seniorengerechten Wohnens aktuell zum laufenden Tagesgeschäft. Es entwickeln sich fortlaufend neue Projekte, nicht zuletzt natürlich auch, weil Investoren den entsprechenden Bedarf und die Vermarktungsmöglichkeiten erkennen. Hier gilt es die Gratwanderung zwischen Bedarfs- und Profitorientierung zu halten.



Vorlage	Drucksachen-Nr: V/2011/021-E01								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste	Status: öffentlich								
Seniorenfahrt 2011									
Beratungsfolge:	TOP: 10								
Datum Gremium	<table border="1"><thead><tr><th>Einst.</th><th>Ja</th><th>Nein</th><th>Enth.</th></tr></thead><tbody><tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr></tbody></table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.						
17.05.2011 Ausschuss für Arbeit und Soziales									

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Die Fraktionen werden dem Bereich Soziales bis zum 03.06.2011 die Begleitpersonen benennen.

Sachverhalt:

Die diesjährigen Seniorenfahrten finden in der Zeit vom 27. – 29.06.2011 statt. Aufgrund der Tatsache, dass in diesem Jahr seitens der TeilnehmerInnen kein Kostenbeitrag zu entrichten ist, ist davon auszugehen, dass die Fahrten an allen drei Tagen, dann jeweils wieder stadtteilbezogen, stattfinden. Entscheiden wird sich dies jedoch erst nach Abschluss des Anmeldeverfahrens, welches für den Zeitraum 16.05. – 03.06.2011 vorgesehen ist.

Die Anmeldekarten liegen an den bekannten Stellen aus bzw. sind über das Internet abrufbar. Selbstverständlich können Anmeldungen auch unmittelbar im Rathaus oder während Sprechzeiten im TPH vorgenommen werden.

Busse sind aufgrund der Kapazitäten des beauftragten Unternehmens derzeit zunächst für 260 Personen täglich reserviert. Dies entspricht ca der doppelten Anzahl wie in den Vorjahren. Sollten sich mehr Personen anmelden, so wird das Unternehmen ggfs. noch Busse entleihen oder ein zweites Unternehmen beauftragt werden müssen.

Folgender Ablauf ist für den Tag vorgesehen:

Abfahrt in Herzogenrath gegen 12.30 Uhr

Anfahrt des Park-Restaurant-Gemünd zu **Kaffee und Kuchen**.

Begrüßung durch den Bürgermeister

Anschließend Zeit zur freien Verfügung mit folgenden Möglichkeiten

- ein **gemütlicher Plausch**
- eine interessante **Stadtführung** durch Gemünd zum kleinen Preis von 1,00 €/Person (begrenzte Platzzahl)
- **Spaziergang** ins Zentrum Gemünd

Den Nachmittag über wird der aus den Vorjahren bereits schon bekannte **Franz Plag** im Park-Restaurant-Gemünd für musikalische Unterhaltung sorgen.

Für den kleinen Hunger bietet das Parkrestaurant-Gemünd eine kleine Auswahl von Speisen an.

Die **Rückfahrt** nach Herzogenrath ist für **18.00 Uhr** vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen (einschl. Darstellung der Folgekosten – Sach- und Personalaufwendungen – sowie Folgerträge):

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Für 2011 sind Ausgabemittel i.H.v. 12.000,-- € bei Kostenträger 0535110, Kostenstelle 499000, Sachkonto 533930 berücksichtigt.



Vorlage		Drucksachen-Nr:	V/2011/124	
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich	
Seniorenwoche in Herzogenrath				
Beratungsfolge:			TOP: 11	
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein
17.05.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales			
		Enth.		

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und spricht sich für die Durchführung der ersten Herzogenrather Seniorenwoche in der Zeit vom 03. – 08.07.2011 aus

Sachverhalt:

Im Rahmen der zukunftsorientierten Seniorenarbeit in Herzogenrath plant das Koordinationsbüro Rund ums Alter in diesem Jahr in der Zeit vom 03. – 08.07.2011 die Durchführung der ersten Herzogenrather Seniorenwoche.

Die Woche soll SeniorInnen und allen Interessierten einen Überblick über vorhandene, laufende Angebote für SeniorInnen verschaffen, Informationen und Hilfestellungen für den Alltag geben sowie auch kulturell ansprechend sein.

Darüber hinaus soll sie die professionell und ehrenamtlich tätigen Akteure auf dem sozialen Sektor noch ein Stück näher zusammen rücken lassen. Dbzgl. sind aufgrund der Aktivitäten der letzten drei Jahre gute Ergebnisse zu verzeichnen, die wesentlich kürzere Wege ermöglichen.

So wird derzeit in Zusammenarbeit mit diversen Kooperationspartnern (u.a. Senioren ohne Grenzen, AWO Sozialstation, Klösterchen, AVV, Koordinierungsstelle Mobilitätsmanagement/Verkehrssicherheit VRS, Verbraucherzentrale) für die Woche an einem vielseitigen Informations- und Aktionsangebot gearbeitet.

Am 03.07.2011 soll im Bürgerhaus Kohlscheid die Auftaktveranstaltung stattfinden, welche neben der offiziellen Eröffnung durch den Bürgermeister einen Überblick über das Programm der Woche, einen Beitrag zum Thema Mobilität im Alter sowie eine "Ausstellung" aller Akteure auf dem Sektor (soziale Dienste, Sanitätshäuser, Vereine, Kirchen, stationäre Einrichtungen, Koordinationsbüro etc.) vorsieht. Hierfür ist geplant, bei schönem Wetter das angrenzende Außengelände bzw. die Turnhalle mit zu nutzen.

Für die Woche seien folgende Programmpunkte beispielhaft benannt:

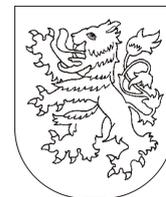
- Simulation mit Altersanzug (generationsübergreifendes Angebot)
- Bewegungsangebot für Senioren, Klösterchen

- "Begegnung-Bewegung" Angebot für Senioren mit Tanzkindern, Klösterchen
- Kreative Werkstatt, Patchwork-Nähwerkstatt als Ort des handwerklichen Tuns
- Hof-Café Merkstein, Volkslieder
- Café Op d'r Scheet, Volkslieder, Karbonroutenwanderung
- Kinoabend im Jugendtreff Kohlscheid, "Herbstgold" mit Teilnahme des Regisseurs
- "Sicher Mobil", Verkehrsschulung
- Fachtagung "Kriminalprävention" im StädteRegions Haus
- Sturzprophylaxe im Alter
- "Demenz wohnt nebenan", Vortrag Verbraucherzentrale
- Demenzschulung, Verbraucherzentrale
- Training Bedienung Fahrkartenautomat
- Busschule

Finanzielle Auswirkungen (einschl. Darstellung der Folgekosten – Sach- und Personalaufwendungen – sowie Folgerträge):

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. Es wird daher versucht den Kostenaufwand so gering wie möglich zu halten.

Erforderliche Ausgabemittel stehen bei Kostenträger 0535110, Kostenstelle 499000, Sachkonto 533931 zur Verfügung.



Vorlage		Drucksachen-Nr:	V/2011/129		
Erstellt durch: Personal		Status:	öffentlich		
Bürgerarbeit in Herzogenrath; hier: Anfrage der Fraktion Die LINKE vom 08.04.2011					
Beratungsfolge:			TOP:		
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein	Enth.
17.05.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales				

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Die Verwaltung nimmt zu den Fragen der Fraktion DIE LINKE wie folgt Stellung:

1.

Im Rahmen des Modellprojektes Bürgerarbeit hat das Jobcenter der StädteRegion Aachen den Zuschlag erhalten, 250 Bürgerarbeitsplätze in der StädteRegion einzurichten. Diese Bürgerarbeitsplätze werden anteilig nach der Einwohnerzahl auf die regionsangehörigen Kommunen verteilt. Die Stadt Herzogenrath erhält hierbei 21 Bürgerarbeitsplätze, die ausschließlich an ortsansässige Vereine und soziale Verbände abgetreten werden. Die Stadt Herzogenrath übernimmt im Rahmen der Bürgerarbeit hierbei eine koordinierende Funktion.

2.

Bei der Bürgerarbeit handelt es sich um ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Bürgerarbeiterinnen und Bürgerarbeiter müssen tarifgerecht entlohnt werden. Aufgrund der von ihnen ausgeübten Tätigkeit erfolgt eine Eingruppierung in die entsprechende Tarifgruppe. Da es sich vorwiegend um Hilfstätigkeiten handelt, wird die Eingruppierung meist in den unteren Entgeltgruppen angesiedelt sein. Es kann jedoch kein „allgemeines Bruttogehalt“ beziffert werden, da auch die Tarifvorschriften je nach Einstellungsträger unterschiedlich sind. Jedoch ist für das Projekt eine Mindestentlohnung von 900,00 €/Monat vorgeschrieben.

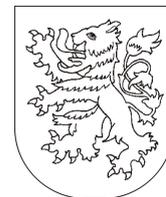
Die 1.080,00 € bzw. 240,00 € beziehen sich nicht auf das Entgelt der/s Bürgerarbeiters/in, sondern auf die Förderung des Bundes bzw. der StädteRegion. Das Bundesverwaltungsamt fördert jeden Bürgerarbeitsplatz mit 1.080,00 €/Monat, die StädteRegion zusätzlich mit 240,00 €/Monat. Insgesamt wurden hierfür 600.000,00 € in den Haushalt der StädteRegion für 2011 eingestellt.

3.

Die Stadt Herzogenrath hat eine Interessenbekundung im Rahmen des BIWAQ Förderprogrammes abgegeben. Eine Entscheidung über eine Teilnahme an dem Förderprogramm wurde vom Bund noch nicht mitgeteilt.

4.

Insgesamt wurden bislang 11 Personen, die an verschiedensten Fördermaßnahmen (z. B. Agh-Maßnahmen, 16e-Förderung) bei der Stadt Herzogenrath teilgenommen haben, in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt oder in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis bei der Stadt Herzogenrath übernommen.



Vorlage		Drucksachen-Nr:	V/2011/134	
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich	
Anfrage Wohngeld hier: Anfrage Fraktion DIE LINKE vom 12.04.2011				
Beratungsfolge:			TOP: 13	
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein
17.05.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales			Enth.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Hinsichtlich der Sachverhaltsklärung wird auf die beigefügte Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 12.04.2011 verwiesen.

Zur Beantwortung der Anfrage im Folgenden die Antragszahlen Wohngeld seit 2009:

Wohngeldanträge 2009 1.675

davon

Bewilligungen 1.369 = 81,73 %

Ablehnungen 306 = 18,27%

Wohngeldanträge 2010 1.448

davon

Bewilligungen 1.255 = 86,67 %

Ablehnungen 193 = 13,32 %

Wohngeldanträge Jan. - März 2011 400

davon

Bewilligungen 352 = 88%

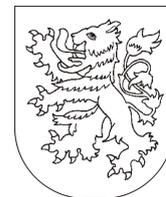
Ablehnungen 48 = 12%

Wie daran abzulesen ist, sind die Ablehnung in den letzten Jahren tendenziell eher rückläufig.

Die erhöhte Anzahl an Ablehnungen im Jahr 2009 erklärt sich u.a. durch die Wohngeldnovelle. Seinerzeit wurden viele Neuanträge gestellt, zur Klärung des Anspruches

aufgrund der gesetzlichen Neuregelungen. Dementsprechend erfolgten auch mehr Ablehnungen.

Ungeachtet der Zahlen ist zu bedenken, dass seitens der Sachbearbeitung kaum Spielraum besteht, da die Bewilligung oder Ablehnung eines Wohngeldantrages anhand der gesetzlichen Vorgaben zu erfolgen hat.



Vorlage		Drucksachen-Nr:	V/2011/135	
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich	
Bildungspaket in Herzogenrath hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011				
Beratungsfolge:			TOP: 14	
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein
17.05.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales			
		Enth.		

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. In der nächsten Sitzung wird erneut ein Erfahrungsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket erbeten.

Sachverhalt:

Zur Sachverhaltsklärung wird auf die beigefügte Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011 verwiesen.

Das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, welches Ende März in Kraft getreten ist, beinhaltet für den Bereich Soziales im Wesentlichen zwei Schwerpunkte.

Zum einen die Anpassung der laufenden monatlichen Leistungen -Einführung der Regelbedarfsstufen, damit verbunden die Anpassung der Mehrbedarfe sowie die Berücksichtigung des Energiebedarfes für die Zubereitung von Warmwasser-, zum anderen das Bildungs- und Teilhabepaket.

Die Anpassung der monatlichen Leistungen erfolgte rückwirkend zum 01.01.2011. Die Nachzahlung der Beträge für Januar bis April wurden Ende April i.H.v. rund 20.000,-- € zur Auszahlung gebracht.

Gleichzeitig erhielten **alle** Leistungsempfänger einen Änderungsbescheid, welcher das beigefügte Merkblatt beinhaltet.

Darin wurde auch auf die Leistungen im Rahmen von Bildung und Teilhabe sowie die bestehenden Antragsfrist für rückwirkende Leistungen (30.04.2011) hingewiesen.

Wohngeldempfänger wurden im Rahmen der Bescheidungen Mai 2011 ebenfalls auf die Ausschlussfristen hingewiesen, wobei für diese der 31.05.2011 maßgebend ist.

Was die Zuständigkeiten anbetrifft, so lagen bis zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung noch keine abschließenden Regelungen vor. Tendenziell zeichnet sich ab, dass jeder Leistungsträger auch die entsprechenden Anträge aus dem Leistungspaket Bildung und Teilhabe betreut.

Anträge auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes werden derzeit ungeachtet der Zuständigkeit fristwahrend entgegen genommen, wobei im Bereich Soziales bislang nur 11 vorliegen.

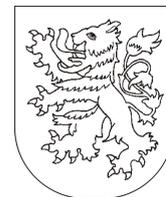
Vergleichszahlen aus anderen Städten liegen bislang nicht vor.

Eine Einschätzung, ob die Zielsetzung des Bildungs- und Teilhabegesetzes und damit die angesprochene Zielgruppe erreicht wird, erscheint nach gut einem Monat seit in Kraft treten etwas verfrüht. Grds. ist Öffentlichkeitsarbeit und Information sicherlich eine geeignete Maßnahme, die Betroffenen über ihren ggfs. bestehenden Leistungsanspruch zu informieren.

Was neben der offiziellen Berichterstattung bislang in der Kürze der Zeit städtischerseits an Informationen gestreut werden konnte, ist sowohl durch den Fachbereich 2 in Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten und Schulen, als auch, wie oben beschrieben, durch den Fachbereich 1 erfolgt.

Eine entsprechende Veröffentlichung im Internet steht noch aus. Darüber hinaus wurden über den Publikationsdienst des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales Plakate und Flyer angefordert, zum Aushang, zur Auslage / Aushändigung in den städtischen Einrichtungen.

Es wird vorgeschlagen, in der nächsten Sitzung erneut auf die in der Anfrage enthaltenen Punkte einzugehen, da dann sicherlich verwertbares Datenmaterial vorliegt.



Vorlage	Drucksachen-Nr: V/2011/136												
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste	Status: öffentlich												
Mini-Jobs in Herzogenrath hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011													
Beratungsfolge:	TOP: 15												
Datum Gremium	<table border="1"><thead><tr><th>Einst.</th><th>Ja</th><th>Nein</th><th>Enth.</th></tr></thead><tbody><tr><td>17.05.2011</td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>Ausschuss für Arbeit und Soziales</td><td></td><td></td><td></td></tr></tbody></table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.	17.05.2011				Ausschuss für Arbeit und Soziales			
Einst.	Ja	Nein	Enth.										
17.05.2011													
Ausschuss für Arbeit und Soziales													

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beauftragt die Verwaltung für die nächste Sitzung Quellen für die Beantwortung der angefragten Punkte zu eruieren und, wenn möglich, die gestellten Fragen zu beantworten.

Sachverhalt:

Hinsichtlich der Sachverhaltsklärung wird auf die beigefügte Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011 verwiesen.

Es wird vorgeschlagen, soweit möglich, für die nächste Sitzung das Datenmaterial auch unter Hinzuziehung der ARGE zu eruieren und vorzustellen.



N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales

Sitzungstermin: Dienstag, 17.05.2011

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 21:30 Uhr

Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Rathauses, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath

Anwesende Mitglieder:

Vorsitz:

Joerißen, Peter, SPD

Stadtverordnete/r:

Gülpen, Renate, CDU

Vertretung für: Herrn Fleu, Hermann

Krott, Wolfgang, CDU

Vertretung für: Herrn Aretz, Herbert

Schlebusch, Thorsten, CDU

Vertretung für: Herrn Ernst, Volker

Sobczyk, Marie-Theres, CDU

Thönnissen, Norbert, CDU

Dr. Fasel, Bernd, B 90/DIE GRÜNEN

Vertretung für: Frau Flaßwinkel,
Marga

Fink, Anne, B 90/DIE GRÜNEN

Dautzenberg, Josef, SPD

Vertretung für: Herrn Prast, Hartmut

Goebbels, Helene, SPD

Prast, Günter, SPD

Fischer, Hans-Günther, DIE LINKE

Sachkundige/r Bürger/in:

Runge, Klaus Dieter, CDU

Vertretung für: Herrn Jung, Christian

Schalt, Fabian, CDU

Meurer, Franz-Karl, SPD

Vertretung für: Frau Radermacher,
Gabi

Puzicha, Josef, SPD

Radermacher, Manfred, SPD

Bock, Björn, FDP

Vertretung für: Herrn Peinkofer,
Michael

Schiffer, Salmon, FDP

Sachkundige/r Einwohner/in:

Ahmetoglu, Ramiz, Integrationsrat

Schoenen, Elisabeth, Behindertenforum

Schultheis, Josefine, Seniorenbeirat

Verwaltung:

Froese-Kindermann, Birgit, Beigeordnete

Venohr, Jürgen, Verwaltung

Clermont-Karow, Annemarie, Verwaltung

Beck, Michaela, Verwaltung

Abwesend:

Stadtverordnete/r:

Aretz, Herbert, CDU

entschuldigt

Ernst, Volker, CDU

entschuldigt

Fleu, Hermann, CDU

entschuldigt

Flaßwinkel, Marga, B 90/DIE GRÜNEN

entschuldigt

Prast, Hartmut, SPD

entschuldigt

Sachkundige/r Bürger/in:

Jung, Christian, CDU

entschuldigt

Radermacher, Gabi, SPD

entschuldigt

Peinkofer, Michael, FDP

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung (von 18:00 Uhr bis 21:30 Uhr)

1. Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 und 27 der Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse der Stadt Herzogenrath
3. Zukunftsorientierte Seniorenarbeit in Herzogenrath
hier: alternative Wohnformen **V/2008/312-E04**
Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2008
4. Armut in Herzogenrath
Erstellung eines Sozialentwicklungsplanes/Armutberichtes **V/2007/287-E03**
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2007 sowie der Fraktion DIE LINKE vom 18.01.2010
5. Wohnanlage für SeniorInnen in Herzogenrath, Nordsternstraße **V/2011/122**
6. Beschlusskontrolle **V/2011/123**
7. Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes Wohnen
hier: Projekt "Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf" - Aussprache zum Ortstermin in Straß am 11.05.2011 **V/2009/202-E04**
8. Obdachlosenunterkunft Bierstraß **V/2011/132**
hier: Antrag der CDU- sowie der FDP-Fraktion vom 24.01.2011
9. Planung und Realisierung einer weiteren Seniorenwohnanlage auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath **V/2011/133**

	hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.05.2011	
10.	Seniorenfahrt 2011	V/2011/021-E01
11.	Seniorenwoche in Herzogenrath	V/2011/124
12.	Bürgerarbeit in Herzogenrath; hier: Anfrage der Fraktion Die LINKE vom 08.04.2011	V/2011/129
13.	Anfrage Wohngeld hier: Anfrage Fraktion DIE LINKE vom 12.04.2011	V/2011/134
14.	Bildungspaket in Herzogenrath hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011	V/2011/135
15.	Mini-Jobs in Herzogenrath hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011	V/2011/136
16.	Informationen und Anfragen	

Protokoll:

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 1: **Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende, Herr Joerißen, eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Er begrüßt zudem Herrn Dr. Axel Thomas von der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft, Frau Dr. Veldkamp, Frau Rüter und Frau Lerche von der Stabsstelle Kultur, Empirische Forschung und Gleichstellung der StädteRegion Aachen sowie Herrn Thomas Grzechowiak, der als Architekt zu der geplanten Wohnanlage für SeniorInnen in Herzogenrath, Nordsternstraße referieren wird.

Hierzu merkt Frau Sobczyk an, dass man, aufgrund der Vielzahl der Vorträge, diese bitte zeitlich eingrenzen solle.

Herr Günter Prast teilt für seine Fraktion mit, dass Herr Dautzenberg die Vertretung von Herrn Hartmut Prast und Herr Meurer die von Frau Radermacher übernimmt. Des Weiteren erklärt sich Herr Puzicha für TOP 7 für befangen. Hier wird Frau Preuß die Vertretung übernehmen.

Frau Sobczyk teilt für ihre Fraktion mit, dass die Herren Aretz, Ernst und Jung durch die Herren Krott, Schlebusch und Runge vertreten werden und Frau Gülpen Herrn Fleu vertritt. Zudem teilt sie mit, dass Herr Schalt sich verspäten wird.

Frau Fink teilt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass Herr Dr. Fasel Frau Fläßwinkel vertritt.

Herr Bock teilt für die FDP-Fraktion mit, dass er selber Herrn Peinkofer vertritt.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung gibt es keine.

Zu TOP 2: **Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 und 27 der Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse der Stadt Herzogenrath**

Fragen aus dem Zuschauerraum ergeben sich keine.

Zu TOP 3: **Zukunftsorientierte Seniorenarbeit in Herzogenrath
hier: alternative Wohnformen
Antrag der SPD-Fraktion vom 16.10.2008**

Herr Dr. Axel Thomas, Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, referiert zum Thema „Zukunftsorientierte Seniorenarbeit in Herzogenrath, alternative Wohnformen“. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt und über das Ratsinformationssystem abrufbar.

Herr Dr. Thomas führt zunächst aus, dass der 1. Bauabschnitt der Wohnanlage Anne-Frank-Straße 2 am 14.05.2011 offiziell übergeben wurde. Dies jedoch sei erst die erste Achse dieser Anlage. Eine zweite Achse mit Park, Parkplätzen und drei Einfamilienhäusern für einkommensschwache Familien mit Wohnberechtigungsschein seien bereits in Planung. Der bereits fertig gestellte Teil der Wohnanlage bestehe vorrangig aus Wohnungen, deren Größe 50 qm betrage. Dies solle vor allem der Singularisierung im Alter Rechnung tragen. Zudem gebe es aber auch 80 qm große Wohnungen, die z.B. auch für Alleinstehende mit einem behinderten Kind geeignet seien. Im Weiteren stellt er die beigefügte Präsentation vor.

Herr Joerißen bedankt sich für den ansprechenden Vortrag. Er teilt mit, dass er selbst bei der Eröffnung dabei gewesen sei. Zudem sei er froh, dass eine solche Anlage in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erstellt worden sei.

Auch Herr Prast richtet seinen Dank an Herrn Dr. Thomas. Er zeigt sich begeistert von der Wohnanlage. Des Weiteren fragt er nach, wann mit der Fertigstellung des gesamten Projektes zu rechnen sei.

Herr Dr. Thomas führt hierzu aus, dass mit der Fertigstellung des Anbaus Ende Oktober zu rechnen sei. Die Ausschreibung für die Häuser, den Parkplatz und den Park erfolge im Spätsommer 2011, so dass der Bezug der Häuser für März 2012 geplant sei.

Herr Prast fragt nach, ob auch Kollektoren auf den Dachflächen geplant seien, da die Front der Häuser nach Süden ausgerichtet sei.

Hierzu teilt Herr Dr. Thomas mit, dass auf dem 1. Bauabschnitt die solare Nutzung bereits realisiert sei. Man habe mittlerweile den KfW 70 Standard erreicht, was heißt, dass die CO2 Ziele hiermit unterstützt würden.

Auch Frau Sobczyk spricht Herrn Dr. Thomas ihren Dank aus. Sie habe bereits eine Wohnung besichtigen können, welche hervorragend gelungen sei. Dieses Projekt sei die richtige Antwort auf die Herausforderung des Demographischen Wandels. Sie spricht die Hoffnung aus, dass diesem Projekt noch mehrere folgen sollen.

Frau Fink dankt auch ihrerseits Herrn Dr. Thomas. Sie lege viel Wert auf die Barrierefreiheit des Objekts. Dies sei hier, wie auch bei den Lichtverhältnissen, gut gelöst. Sie fragt nach, ob die Nachfrage bei den öffentlich geförderten oder den frei finanzierten Wohnungen größer gewesen sei.

Des Weiteren weist sie darauf hin, dass das Hausnotrufsystem bereits in den Wohnungen vorinstalliert sei. Bezüglich des Telefon-, - Internet- und Fernsehanschlusses fragt sie nach, ob nur ein bestimmter Anbieter genutzt werden könne oder ob man die Wahlmöglichkeit habe.

Sie weist darauf hin, dass die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft auch im Besitz von Altbestand an Wohnungen sei. Die Mieter dieser Wohnungen kämen jedoch nicht in den Genuss von Barrierefreiheit. Viele der Mieter wollten jedoch auch im Alter weiterhin in ihrem Quartier bleiben. Ihre Frage sei nun, ob auch bei Altbauwohnungen, die sanierungsbedürftig seien, die Barrierefreiheit hergestellt werde.

Herr Dr. Thomas teilt zunächst mit, dass die Nachfrage in beiden Sparten gleich gewesen sei. Auch im Bezug auf die Wohnungsgrößen. Bezogen auf den Anbieter der Kabelanschlüsse führt er aus, dass der Rahmenvertrag lediglich ein kostengünstiges Angebot gewesen sei, die Mieter jedoch weiterhin die freie Anbieterwahl hätten.

Bezogen auf die Sanierung der Altbauten führt er aus, dass er selbst kein Verfechter der Altbausanierung sei. Eine gründliche Sanierung eines Altbaus liege kostenmäßig nur knapp 10 Prozent unter den Kosten für einen Neubau, jedoch würde die Funktionalität eines Neubaus hier nicht erreicht. Mit der Verwaltung Herzogenrath sei man sich zudem einig geworden, dass die Investition für Neubauten in Höhe von 5 Millionen Euro auch durch die Veräußerung von Altbauten refinanziert werde.

Nach Ansicht von Frau Fink reichten meist kleinere Maßnahmen aus. Eine aufwendige Sanierung sei nicht immer notwendig, um ein Verbleiben in der Wohnung zu gewährleisten. Zudem könne man gewisse Veränderungen auch durch die Pflegekasse oder Verbraucherzentrale planen lassen.

Herr Dr. Thomas bietet an, in Einzelfällen vor Ort zu erörtern, welche Maßnahmen ergriffen werden können.

Auch Herr Schiffer dankt Herrn Dr. Thomas für seinen Vortrag. Er begrüße es, dass eine Durchmischung stattfinde. Des weiterhin befürworte er die Integration von Familien. Hierdurch entstehe ein Mehrgenerationenkomplex.

Herr Fischer richtet seinen Dank an den Referenten. Für ihn habe der Demographische Wandel sehr hohe Priorität. Er fragt nach, ob die monatlichen Mieten schon vorhersehbar seien.

Herr Dr. Thomas erwidert hierauf, dass die Mieten bereits gezahlt würden. Die Mietobergrenzen seien bei den öffentlich geförderten Wohnungen vorgegeben, so dass die Miete vorhersehbar sei. Der qm-Preis läge hier bei 4,85 Euro Kaltmiete. Bei den frei finanzierten Wohnungen liege der qm-Preis derzeit bei 6,05 Euro Kaltmiete. Die Heizkosten liegen unter 1,- Euro je Quadratmeter und seien somit sehr niedrig.

Herr Prast ist der Ansicht, dass auf diesem Wege weiter gemacht werden müsse. Auch in den Stadtteilen Merkstein und Kohlscheid. Er beantragt daher eine Änderung des Beschlussvorschlages wie folgt:

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales dankt Herrn Dr. Axel Thomas für sein Kommen und seine Ausführungen hinsichtlich alternativer Wohnformen und bittet die Verwaltung und die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für weitere Projekte in Herzogenrath nach geeigneten Grundstücken zu suchen und dementsprechend zu realisieren.“

Frau Froese-Kindermann teilt mit, wenn weitere Projekte dieser Art in das Gesamtkonzept passen würden, die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der richtige Ansprechpartner sei, da diese für die gesamte StädteRegion Aachen zuständig sei. Ihrer Meinung nach sei die Ergänzung des Beschlussvorschlages bereits unter TOP 9 subsumiert.

Diese Ansicht vertritt Frau Sobczyk auch.

Herr Prast vertritt aber die Auffassung, dass auch an dieser Stelle nochmals deutlich zum Ausdruck gebracht werden müsse, dass weitere Projekte gewünscht seien.

Der **geänderte Beschlussvorschlag**:

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales dankt Herrn Dr. Axel Thomas für sein Kommen und seine Ausführungen hinsichtlich alternativer Wohnformen und bittet die Verwaltung und die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für weitere Projekte in Herzogenrath nach geeigneten Grundstücken zu suchen und dementsprechend zu realisieren.“

wird **einstimmig angenommen**.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales dankt Herrn Dr. Axel Thomas für sein Kommen und seine Ausführungen hinsichtlich alternativer Wohnformen im Stadtgebiet Herzogenrath.

Zu TOP 4: **Armut in Herzogenrath**
 Erstellung eines Sozialentwicklungsplanes/Armutberichtes
 hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2007 sowie der Fraktion DIE
 LINKE vom 18.01.2010

Die Vertreterinnen der Stabsstelle Kultur, Empirische Forschung und Gleichstellung der StädteRegion Aachen, Frau Rüter, Frau Dr. Veldkamp und Frau Lerche stellen den Ausschussmitgliedern im Rahmen einer Präsentation eine Auswertung des Kompendiums Demographischer Wandel mit dem Schwerpunkt Armut vor. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt und über das Ratsinformationssystem abrufbar.

Herr Joerißen dankt den Referentinnen für den interessanten Vortrag. Jedoch seien die Herzogenrather Zahlen seiner Ansicht nach hier etwas zu kurz gekommen. Für ihn ist von Interesse, wie die Zahlen ermittelt wurden.

Frau Froese-Kindermann erwidert, dass vereinbart gewesen sei, dass die Vertreterinnen der StädteRegion für Herzogenrath die im Kompendium erfassten Daten zusammengefasst vortragen sollten. Einen Sozialentwicklungsplan könne das natürlich nicht ersetzen. Wie von den Referentinnen dargestellt, müssten Zahlen aus Nordrhein-Westfalen bzw. der StädteRegion immer als Vergleichsbasis herangezogen werden. Weitere Daten aus Herzogenrath würden noch von der Verwaltung zur nächsten Sitzung nachgereicht.

Auch Frau Fink dankt den Referentinnen. Ältere Menschen seien auch von Armut bedroht, wenn die Versorgung nicht ausreichend gewährleistet sei. In diesem Fall müssten dann Grundsicherungsleistungen gezahlt werden. Kommunalpolitisch sei jedoch ihrer Ansicht nach nicht viel an der Situation zu ändern. Dies sei erst zukünftig, z.B. durch die Erhöhung der Altersrenten, zu realisieren.

Des Weiteren merkt sie an, dass sich im Bereich der Kinderarmut herauskristallisiert habe, dass auch hier wieder alleinerziehende Frauen im Nachteil seien. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wäre nicht ausreichend gegeben. Diese sei noch ausbaufähig. Alleinerziehende Mütter seien oft nicht dazu in der Lage, Vollzeit einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, da die Öffnungszeiten der Kindergärten den Betreuungsbedarf nicht auffangen würden (z.B. im Einzelhandel). Für Herzogenrath müsse man daher nach Präventionsmaßnahmen suchen.

Anhand der vorgestellten Zahlen kommt Herr Schiffer zu dem Schluss, dass die Altersarmut im Vergleich zur Kinderarmut nicht so dramatisch sei. Daher solle man, seiner Ansicht nach, den Fokus im Ausschuss auf Familien und Alleinerziehende legen.

Zunächst spricht Herr Prast den Referentinnen seinen Dank aus. Er bittet darum, die Präsentation der Niederschrift beizufügen. Die Altersarmut sei in Herzogenrath noch nicht das große Thema. Dies resultiere auch daraus, dass es noch viele Knappschaftstrentner gebe, die eine hohe Rente hätten. Jedoch werde sich diese Situation im Laufe der Zeit ändern, da es immer mehr Rentenlücken gebe und die private Vorsorge nicht immer ausreiche. Man müsse daher nach Maßnahmen suchen, damit keine Lücken in der Erwerbsbiographie entstehen würden wie z.B. die Einführung von Mindestlöhnen.

Auch Frau Sobczyk dankt den Referentinnen. Ihrer Meinung nach liege es im Auge des Betrachters, wie man die Situation in Herzogenrath sehen würde. Einerseits könne man sagen, dass Herzogenrath nicht so schlecht aufgestellt sei. Andererseits könne man auch der Meinung sein, Herzogenrath sei noch nicht gut genug.

Auch sie ist der Ansicht, dass die Kommunalpolitik nicht sehr viele Einflussmöglichkeiten habe. Sie fordere daher, dass Herzogenrath eine lebenswerte Stadt für Familien bleibe.

Herr Dautzenberg fragt nach, wie hoch die verschämte Altersarmut sei.

Frau Rüter teilt hierzu mit, dass auf kommunaler Ebene wenige Daten verfügbar seien. Die steigenden Zahlen in den letzten Jahren resultierten daraus, dass man viele Daten aus der Grauzone herausholen konnte. Das Kompendium sei zudem bestrebt, möglichst vergleichbare Zahlen für die StädteRegion zu erhalten. Oft arbeite man aber noch mit Zahlenmaterial aus dem Jahre 2004. Hier hoffe man, im Rahmen des Zensus 2011 neueres Datenmaterial zu erhalten. Zudem sei eine Familienbefragung in der StädteRegion geplant. Dadurch erhalte man mehr und aussagekräftigere Zahlen.

Sie hoffe auch, dass im Rahmen des Demographischen Wandels die Erwerbstätigkeit von Müttern wieder in den Fokus gerückt werde. Dann sei auch die Kinderbetreuung wieder ein großes Thema auf der Agenda.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, beantragt Herr Prast, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, den Bericht mit den Zahlen die Herzogenrath betreffen, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales vorzulegen.“

Frau Froese-Kindermann sagt zu, dass die Zahlen zu den Transferdaten nachgereicht werden.

Sodann wird der **geänderte Beschlussvorschlag**

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales dankt den VertreterInnen der Stabsstelle Kultur, Empirische Forschung und Gleichstellung für ihr Kommen und die vorgestellte Auswertung. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bericht mit den Zahlen die Herzogenrath betreffen, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales vorzulegen.“

einstimmig angenommen.

Zu TOP 5: **Wohnanlage für SeniorInnen in Herzogenrath, Nordsternstraße**

Herr Grzechowiak stellt im Rahmen einer Präsentation die Wohnanlage für SeniorInnen in Herzogenrath, Nordsternstraße vor. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt und über das Ratsinformationssystem abrufbar.

Der Vorsitzende, Herr Joerißen, spricht Herrn Grzechowiak seinen Dank für den interessanten Vortrag aus.

Auch Herr Schlebusch dankt dem Referenten. Er fragt nach, ob es im Rahmen der Planung keine Komplikationen zwischen dem verbleibenden Unternehmen und dem Bauvorhaben geben würde.

Herr Grzechowiak führt aus, dass es nach Gesprächen mit der Firma keine extremen Probleme gebe. Sicherlich gebe es Belästigung durch Lärm und Verkehr. Jedoch seien die Gebäude so konzipiert, dass der Lärm nicht auf die Hausfront treffe. Zudem betrage die Entfernung zwischen der Firma und den Einfamilienhäuser ca. 25 m.

Frau Froese-Kindermann merkt hierzu an, dass im Falle von Problemen hinsichtlich der Lärmbelästigung ein Planungsverfahren hätte eingeleitet werden müssen. Der zuständige Fachbereich sehe jedoch keine Planungsnotwendigkeit, so dass auch davon ausgegangen werden könne, dass eine wohnzweckabträgliche Lärmbelästigung nicht vorliege.

Herr Krott gibt zu Bedenken, dass die Probleme meistens erst Jahre später auftreten würden. Hier seien Grünbepflanzungen als mögliche Gegenmaßnahme sinnvoll.

Herr Prast fragt bezüglich der Norm 8025, Teil 2 nach, ob die Häuser auch für Rollstuhlfahrer geeignet seien.

Herr Grzechowiak teilt mit, dass die Norm 8025, Teil 2 barrierefreies Wohnen und kein behindertengerechtes Wohnen vorsieht, da man „alt“ nicht unbedingt mit „behindert“ gleichstellen solle. Bezüglich der Barrierefreiheit gebe es keine gesetzliche Grundlage, an die man sich halten müsse.

Weiterhin fragt Herr Prast nach, ob ein Stellplatz je Wohneinheit gewährleistet sei. Dies wird durch den Architekten bejaht.

Herr Prast führt aus, dass seine Fraktion es begrüßen würde, wenn auch öffentliche geförderte Objekte mit in das Projekt eingebunden würden.

Herr Grzechowiak erwidert hierauf, dass nach ersten Gesprächen mit der Beigeordneten, Frau Froese-Kindermann, bereits Überlegungen angestrebt wurden, teilweise öffentliche Förderung in Erwägung zu ziehen, zum Beispiel in Teilbereichen der geplanten Mehrfamilienwohnungen.

Herr Prast spricht weiterhin die Hoffnung aus, dass bei dieser Wohnanlage der gleiche Standard wie beim Projekt der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft angestrebt werde.

Auch Frau Fink spricht ihren Dank aus.

Sie möchte wissen, was diese Häuser für SeniorInnen attraktiv mache und wie hoch der qm-Preis sei.

Herr Grzechowiak führt aus, dass sich hierbei nicht um Miet- sondern um Kaufobjekte handle. Der Preis liege zwischen 145.000,-- € und 148.000,-- € inklusive aller Kosten. In den Häusern befänden sich ebenerdige Duschen, deren Größe 1,20 m x 1,20 m betrage. Zudem sei das Waschbecken höhenverstellbar. Weiterhin seien alle Türen nach außen hin zu öffnen. Die Breite der Türen betrage 96 cm.

Frau Fink fragt nach, ob sich die Gemeinschaftszonen nur auf den Außenbereich erstrecken würden.

Dies wird von Herrn Grzechowiak bejaht. Des Weiteren teilt er mit, dass der Preis für ein Haus von 68 qm Größe natürlich hoch sei.

Zielgruppe seien daher ältere Ehepaare oder Alleinstehende, die keine großen Räume mehr wollten. Zudem sehe er die Außenanlage als Treffpunkt. Die Selbstverwaltung und Eigenbestimmtheit stehe bei diesem Projekt im Vordergrund.

Herr Puzicha möchte wissen, wie die energetische Qualität der Häuser sei, ob diese Keller haben und ob ein Flach- oder Satteldach geplant sei.

Herr Grzechowiak führt aus, dass die Häuser keinen Keller besäßen. Des Weiteren werde mit Gas geheizt. Eventuell sei auch die Nutzung von solarer Energie angedacht. Die energetische Qualität sei noch nicht hinreichend definiert.

Auch Herr Bock dankt dem Referenten. Er möchte wissen, wie man auf dieses Grundstück gekommen sei. Zudem ist für ihn von Interesse, ob verstärkt Herzogenrather Firmen an dem Bau der Wohnanlage beteiligt sein werden.

Herr Grzechowiak teilt mit, dass einer der Mitinvestoren der Besitzer des Grundstückes sei. Er gehe davon aus, dass auch Handwerksbetriebe aus Herzogenrath involviert würden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen des Architekten, Herrn Thomes Grzechowiak, zur Errichtung einer Wohnanlage für Senioren zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

Zu TOP 6: **Beschlusskontrolle**

Frau Fink bittet zu V/2011/027 darum, in der 2. Jahreshälfte eine Übersicht über die bereits realisierten und noch geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung in der Stadt Herzogenrath vorzulegen.

Herr Prast bittet zu 256/2005 Bürgeranregung gem. § 24 GO kurz stichwortartig zu skizzieren, worum es in dieser Anregung geht.

Herr Fischer fragt nach, ob bezogen auf V/2010/370 Notdienstapotheke bereits die Einladung des Präsidenten der Apothekerkammer feststehe.

Frau Froese-Kindermann teilt hierzu mit, dass dies nicht der Fall sei, jedoch sei bereits ein Treffen geplant.

Her Krott teilt in diesem Zusammenhang mit, dass er mit mehreren Apothekern aus Kohlscheid gesprochen habe. Diese seien teilweise sogar dazu bereit, die derzeitigen Öffnungszeiten bis 22.00 Uhr auszuweiten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die beigefügte Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 7: **Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes Wohnen hier: Projekt "Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf" - Aussprache zum Ortstermin in Straß am 11.05.2011**

Zunächst dankt Herr Radermacher Herrn Venohr für den ausführlichen Vermerk zum Ortstermin am 11.05.2011. Seiner Meinung nach gab es schon bei der ersten Bürgerversammlung den Widerstand der Anwohner gegen das Projekt. Er weist darauf hin, dass bei der dritten Abänderung der Pläne die Anlage im nördlichen nicht im östlichen Teil des Grundstückes liege.

Die Erschließung des Grundstückes durch die Garage an der Josefstraße halte er für nicht geeignet. Eine Alternative durch den Weg an der Kirche sei durch den Baumbestand nicht möglich. Zudem käme es durch die Umwandlung des Bolzplatzes zu erhöhten Kosten. Trotzdem erachte er dieses Projekt als sinnvoll, nur nicht auf diesem Grundstück.

Für Frau Fink fehle in dem Vermerk die Aussage des Herrn Hammers. Des Weiteren zeige sie sich empört über Behauptungen des Herrn Mingers, die falsch seien. Auch die Gegenbehauptung solle mit aufgeführt sein.

Herr Venohr erwidert, dass es bei einem Vermerk nicht darum ginge, die Empörung einzelner Teilnehmer wieder zu geben. Vielmehr sei es wichtig, die unterschiedlichen Aspekte darzustellen.

Frau Fink ist der Ansicht, dass es noch weitere Punkte gebe, die zu klären seien (z.B. Zufahrt, Brandschutz, etc.). Prinzipiell sei der Ausschuss heute gefragt, ob das Projekt befürwortet werde oder nicht. Aus der Skizze sei erkennbar, welche Wohnidee und welche Angebote in diesem Projekt verwirklicht werden könnten. Auch solle es nur in unmittelbarer Nähe der Pfarre umgesetzt werden. Die Projektgruppe habe bereits mitgeteilt, dass in Straß eine große Nachfrage bezüglich eines solchen Bauvorhabens bestehen würde, da hier der Verbleib im Quartier gewährleistet wäre. Ihre Fraktion sei daher der Meinung, dass man bedarfsorientierte Wohnpolitik machen solle.

Die Projekte, die heute in der Sitzung bereits vorgestellt wurden, seien alle profitorientiert. Das Projekt in Straß aber sei sozial geprägt und nicht profitorientiert. Daher solle man die noch vorhandenen Probleme mit einem Maß an gutem Willen beheben.

Auch Herr Schlebusch begrüßt das Konzept grundsätzlich. Jedoch sei es an diesem Ort schwer zu realisieren. Es gebe zu viele erschließungs- und planungsrechtliche Schwierigkeiten. Zudem verringere sich die Fläche des Bolzplatzes bei Realisierung des Projektes auf 1.000 qm, rechtlich müssten es aber 2.000 qm sein. Auch seien jetzt bereits schon Flächen für die offene Ganztagsbetreuung weggefallen. Der Bolzplatz sei, neben dem Fußballplatz der einzige zentrale Platz für Kinder aus Straß. Daher plädiere er dafür, dass die Verwaltung mit den Initiatoren versuchen solle, das Projekt an anderer Stelle zu verwirklichen.

Herr Prast ist auch der Meinung, dass das Grundstück nicht geeignet sei. Er bedauert, dass sich die Initiatoren auf dieses Grundstück festgelegt hätten. Die Verwaltung habe ja schon angeboten, nach geeigneten Grundstücken zu suchen. Auch er weist nochmals auf die Schwierigkeiten hin.

Er schlägt vor den Beschluss wie folgt zu ändern:

„Der Ausschuss begrüßt das Konzept „Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf“ und bittet die Initiatoren sowie die Verwaltung, das Projekt an einem alternativen Standort weiter zu verfolgen. Das Grundstück an der Josefstraße, hinter der Kirche, hält der Ausschuss aufgrund der Lage und der fehlenden Möglichkeit, eine geeignete Zufahrt zu schaffen, für nicht geeignet und lehnt die Realisierung des Projektes auf diesem Grundstück ab.“

Herr Bock spricht sich dafür aus, die Entscheidung zu Gunsten der Kinder zu treffen.

Auch Herr Schlebusch stimmt dem Beschlussvorschlag dahingehend zu, einen anderen Standort zu suchen.

Frau Fink bringt ihrerseits einen neuen Beschlussvorschlag ein:

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales befürwortet das Projekt. Die Verwaltung wird beauftragt, die baurechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.“

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, wird zunächst über den **Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt**. Dieser wird mit **2 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen abgelehnt**.

Der Ausschuss einigt sich darauf, den geänderten Beschlussvorschlag der SPD zu splitten.

Zunächst wird der **1. Teil des Beschlussvorschlages**

„Der Ausschuss begrüßt das Konzept „Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Unterstützungsbedarf“ und bittet die Initiatoren sowie die Verwaltung, das Projekt an einem alternativen Standort weiter zu verfolgen.“

einstimmig angenommen.

Der **2. Teil des Beschlussvorschlages**

Das Grundstück an der Josefstraße, hinter der Kirche, hält der Ausschuss aufgrund der Lage und der fehlenden Möglichkeit, eine geeignete Zufahrt zu schaffen, für nicht geeignet und lehnt die Realisierung des Projektes auf diesem Grundstück ab.“

wird mit **17 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen** angenommen.

Zu TOP 8: **Obdachlosenunterkunft Bierstraße**
hier: Antrag der CDU- sowie der FDP-Fraktion vom 24.01.2011

Frau Sobczyk bedankt sich zunächst für die Beantwortung der Anfrage. Sie sei nicht überrascht über die Kosten. Grundsätzlich sei ihre Fraktion jedoch für die Beibehaltung der Obdachlosenunterkunft. Sie beantragt daher den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu erweitern:

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales bittet die Verwaltung um genaue Kostenprüfung zur Wiederherstellung eines menschenwürdigen, bewohnbaren Zustandes. Des Weiteren beauftragt der Ausschuss die Verwaltung (vor dem Hintergrund der hohen Kosten) nach einer weiteren Möglichkeit zu suchen, eine geeignete Unterkunft zu errichten, möglicherweise das Objekt Bierstraße abzureißen und den Bereich zu vermarkten. Es soll sichergestellt werden, dass entweder durch einen „neuen Bau“ oder durch geeignete Wohnbereiche, die in bestehende Wohnansiedlungen integriert werden, Unterkünfte für Obdachlose geschaffen werden. Der Ausschuss ist zeitnah über die Ergebnisse zu unterrichten.“

Zudem fragt sie nach, ob eine finanzielle Förderung zur Wiederherstellung der Unterkunft möglich sei.

Dies wird von Frau Froese-Kindermann verneint.

Herr Bock schließt sich dem Beschlussvorschlag an. Seiner Meinung nach gebe die jetzige Situation ein beschämendes Bild für Herzogenrath ab, da es sich bei der jetzigen Unterkunft um eine „Bruchbude“ handle.

Auch sein Ansinnen ist es, Obdachlose in die Gesellschaft zu integrieren und nicht abzuschieben. Man müsse daher eine tragbare und würdige Lösung finden.

Frau Froese-Kindermann merkt an, dass der Teil der Unterkunft, der mit Holzwurm und Schimmel befallen sei, nicht mehr bewohnt werde.

Auch Herr Prast stimmt zu, dass weiterhin eine Unterkunft für Obdachlose bereitgehalten werden müsse. Jedoch wolle er an dem Standort festhalten. Er wolle, dass die Verwaltung beauftragt werde, zu eruieren, was eine Sanierung bzw. Teilsanierung genau kosten würde. Hierbei lege er Wert darauf, dass konkrete Zahlen vorlägen.

Er beantragt daher folgende Beschlusserweiterung:

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und schließt sich den Ausführungen der Verwaltung an. Die Verwaltung wird beauftragt, für die nächste Sitzung ein Sanierungskonzept für die Obdachlosenunterkunft zu erstellen. Zwecks Finanzierung soll geprüft werden, ob der Erlös des Verkaufes der Asylunterkunft Im Grüntal für die Sanierung des Hauses Bierstraß eingesetzt werden kann.“

Frau Fink merkt an, dass sich der Ausschuss schon oft mit diesem Thema beschäftigt habe. Seinerzeit habe man dem Verkauf der Asylunterkunft Im Grüntal auch zugestimmt, weil durch den Kämmerer die Zusage gemacht wurde, dass die hierdurch eingesparten Mittel zur Instandhaltung der verbleibenden Unterkünfte aufgewendet werden würden.

Ihrer Meinung nach seien die Fragen 2,3 und 5 der Anfrage nicht beantwortet worden. Wichtig finde sie jedoch die Aussage der Verwaltung, dass die Obdachlosenunterkunft unentbehrlich sei. Der Standort der Unterkunft sein hierbei nicht so relevant. Vielmehr sei es wichtig, dass keine Obdachlosen in bestehende Asylunterkünfte untergebracht würden.

Frau Sobczyk merkt hierzu an, dass mit den in ihrem Beschlussvorschlag angeführten bestehenden Wohnansiedlungen nicht die Asylunterkünfte gemeint seien.

Bezogen auf die Auswertungen der Verwaltung merkt Herr Venohr an, dass es oftmals so sei, dass Obdachlose am selben Tag ein und aus oder am nächsten Tag ausziehen würden. Zwar sei die Unterkunft optisch nicht ansprechend, jedoch sei der benutzte Teil in Ordnung. Davon habe sich der Ausschuss selbst im letzten Jahr überzeugt.

Nach Ansicht von Frau Sobczyk sei man sich in der Sache doch einig. Ihr weitergehender Antrag beinhalte jedoch noch viel mehr. Nächste Woche finde der Runde Tisch Finanzen statt, hier könne man sich dieser Thematik bei entsprechender Beschlussfassung schon annehmen. Sie appelliere daher nochmals an den Ausschuss, der der von ihr vorgeschlagenen Beschlusserweiterung zu zustimmen.

Lt. Herrn Prast kann sich seine Fraktion jedoch einer neuen Standortsuche nicht anschließen. Er plädiere daher für eine Sanierung des bestehenden Gebäudes.

Frau Froese-Kindermann führt aus, dass ein solch großer Gebäudekomplex im Stadtgebiet nicht vorhanden sei. Man müsse im Falle einer neuen Standortsuche, auch aus Gründen der Sozialverträglichkeit, auf mehrere Gebäude ausweichen.

Frau Sobczyk bleibt, bei ihrer Meinung, dass auch diese Aspekte in ihrem erweiterten Beschlussvorschlag berücksichtigt seien.

Sodann kommt der Ausschuss zu dem Schluss über die Erweiterungsvorschläge getrennt abzustimmen.

Der erweiterte Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis. Er bittet die Verwaltung um genaue Kostenprüfung zur Wiederherstellung eines menschenwürdigen, bewohnbaren Zustandes.

Des Weiteren beauftragt der Ausschuss die Verwaltung (vor dem Hintergrund der hohen Kosten) nach einer weiteren Möglichkeit zu suchen, eine geeignete Unterkunft zu errichten, möglicherweise das Objekt Bierstraße abzureißen und den Bereich zu vermarkten. Es soll sichergestellt werden, dass entweder durch einen „neuen Bau“ oder durch geeignete Wohnbereiche, die in bestehende Wohnansiedlungen integriert werden, Unterkünfte für Obdachlose geschaffen werden.

Der Ausschuss ist zeitnah über die Ergebnisse zu unterrichten.“

wird mit 9 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der erweiterte Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und schließt sich den Ausführungen der Verwaltung an. Die Verwaltung wird beauftragt, für die nächste Sitzung ein Sanierungskonzept für die Obdachlosenunterkunft zu erstellen. Zwecks Finanzierung soll geprüft werden, ob der Erlös des Verkaufes der Asylunterkunft im Grüntal für die Sanierung des Hauses Bierstraß eingesetzt werden kann.“

wird mit 10 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 9: **Planung und Realisierung einer weiteren Seniorenwohnanlage auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.05.2011**

Nach Ansicht von Herrn Prast sei zu diesem Thema in der Sitzung bereits alles gesagt worden. Fazit sei, dass weitere Seniorenanlagen benötigt werden.

Er schlägt eine Ergänzung des Beschlussvorschlages wie folgt vor:

„... und beauftragt die Verwaltung mit den beiden Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften in Verhandlung zu treten, um weitere Wohnprojekte auf städtischer Ebene zu verwirklichen.“

Dieser Vorschlag findet sowohl bei Frau Sobczyk als auch bei Herrn Schiffer Zustimmung. Herr Schiffer bittet zudem darum, im Laufe der nächsten Zeit ein Gesamtkonzept vorzustellen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, wird der **geänderte Beschlussvorschlag:**

„Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Soziales nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Der Ausschuss ist über die Realisierung weiterer seniorengerechter Wohnprojekte auf dem Laufenden zu halten und beauftragt die Verwaltung mit den beiden Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften in Verhandlung zu treten, um weitere Wohnprojekte auf städtischer Ebene zu verwirklichen.“

einstimmig angenommen.

Zu TOP 10: **Seniorenfahrt 2011**

Frau Clermont-Karow teilt mit, dass bereits 292 Anmeldungen vorlägen.

Aus allen vier stationären Pflegeeinrichtungen habe man positive Rückmeldungen erhalten. Hier lägen 73 Anmeldungen zzgl. Begleitpersonen vor.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Die Fraktionen werden dem Bereich Soziales bis zum 03.06.2011 die Begleitpersonen benennen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 11: **Seniorenwoche in Herzogenrath**

Frau Fink begrüßt die Idee, dass eine Seniorenwoche in Herzogenrath stattfindet. Hierbei handele es sich um eine Aktionswoche und keine Messe mit Verkaufsständen. Sie fragt nach, ob noch weitere Vorschläge bezüglich der Anbieter gemacht werden könnten. In dem Zusammenhang wolle sie den VSG Kohlscheid vorschlagen.

Auch Herr Prast zeigt sich von der Seniorenwoche begeistert. Er finde es gut, dass die Aktionen so breit gestreut seien.

Damit der Ausschuss für Arbeit und Soziales bei der Eröffnung nicht außen vorgelassen werde, schlägt er folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages vor:

„Der Bürgermeister und der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales eröffnen am 03.07.2011 gemeinsam die Auftaktveranstaltung der Seniorenwoche in Herzogenrath.“

Frau Froese-Kindermann weist darauf hin, dass es lt. Gemeindeordnung nicht zulässig sei den Bürgermeister zu verpflichten, die Veranstaltungen gemeinsam mit dem Ausschussvorsitzenden zu eröffnen. Besser sei es daher, die Bitte an den Bürgermeister heranzutragen, die Veranstaltung gemeinsam mit dem Vorsitzenden und den Sprechern der Fraktionen zu eröffnen.

Herr Fischer begrüßt das Projekt. Seiner Ansicht nach seien in diesem Rahmen auch Problemstellungen angesprochen, die ältere Personen betreffen.

Bezogen auf die Anfrage von Frau Fink führt Frau Clermont-Karow aus, dass Vorschläge, die konkret seien und wo auch Ansprechpartner genannt werden könnten, gerne angenommen würden. Ob eine Beteiligung in diesem Jahr allerdings noch möglich sei, könne nicht garantiert werden. Man habe jetzt auf Akteure zurückgegriffen, die in den letzten Jahren die laufenden Prozesse begleitet hätten.

Es sei die erste Seniorenwoche in Herzogenrath. Da die Aktivitäten jedoch auch viel mit der Veränderung des Altersbildes zu tun hätten, schlägt sie vor, den Begriff „Seniorenwoche“ durch „Aktionswoche 60 +“ zu ersetzen.

Herr Venohr führt zu dem Änderungsvorschlag der SPD-Fraktion aus, dass er davon ausgehe, dass der Bürgermeister den Ausschuss gerne mit einbeziehe, er aber die Ergänzung des Beschlusses für nicht für sinnvoll erachte. Gleichzeitig bittet er den Ausschuss, die Aktionswoche 60 + durch Teilnahme zu unterstützen.

Frau Sobczyk dankt Herrn Venohr für die Ausführungen, appelliert aber auch an die Ausschussmitglieder, bei dem originären Beschlussvorschlag zu bleiben.

Der Ausschuss einigt sich darauf, von dem Ergänzungsvorschlag abzusehen. Gleichzeitig wird der Begriff „Seniorenwoche“ durch „Aktionswoche 60 +“ ersetzt.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, wird **der Beschlussvorschlag:**

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und spricht sich für die Durchführung der ersten Herzogenrather Aktionswoche 60+ in der Zeit vom 03. – 08.07.2011 aus.“

einstimmig angenommen.

Zu TOP 12: **Bürgerarbeit in Herzogenrath;**
hier: Anfrage der Fraktion Die LINKE vom 08.04.2011

Herr Fischer bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Leider sei es bei der Bürgerarbeit so, dass nicht in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt würde, so dass die Personen weiterhin auf Arbeitslosengeld 2 angewiesen seien. Grundsätzlich sei seine Fraktion gegen die Bürgerarbeit, jedoch könne man dies auf kommunaler Ebene nicht ändern. Er appelliere an die Verbände und Vereine, gewissenhaft mit der Bürgerarbeit umzugehen und die Personen nicht auszunutzen. Er sei der Ansicht, dass der soziale Aspekt immer im Vordergrund bleiben solle.

Herr Prast findet es erfreulich, dass in Herzogenrath 21 Bürgerarbeitsplätze zur Verfügung stünden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 13: **Anfrage Wohngeld**
hier: Anfrage Fraktion DIE LINKE vom 12.04.2011

Auch hier richtet Herr Fischer seinen Dank an die Verwaltung. Seine Befürchtung, dass die Ablehnungen bei der Beantragung von Wohngeld zugenommen hätten, seien nicht bestätigt worden. Woran die Ablehnungen gebunden seien, werde er zunächst innerhalb der Fraktion erörtern.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 14: **Bildungspaket in Herzogenrath**
 hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011

Herr Prast bittet darum, die Betroffenen nochmals darauf hinzuweisen, dass sich die Antragsfrist verlängert habe. Aus dem als Anlage beigefügten Merkblatt gehe dies nicht hervor.

Frau Froese-Kindermann teilt mit, dass die Betroffenen nochmals informiert werden würden, sobald alle Änderungen vorlägen.
Durch den StädteRegionstag würden die Zuständigkeiten kurzfristig geregelt.

Frau Fink merkt an, dass in Würselen eine Veranstaltung durch den Kinderschutzbund stattgefunden habe. Sie fragt nach, ob dies auch in Herzogenrath möglich sei. Sie könne sich beim Kinderschutzbund erkundigen.

Frau Froese-Kindermann führt aus, dass umfassendes Informationsmaterial an die verschiedenen städtischen Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, etc.) in Herzogenrath verteilt worden seien.

Herr Dautzenberg bittet darum, die aktuellen Informationen auch an die Fraktionen weiterzuleiten.

Frau Froese-Kindermann sichert zu, dass die Fraktionen auf dem Laufenden gehalten würden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. In der nächsten Sitzung wird erneut ein Erfahrungsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket erbeten.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 15: **Mini-Jobs in Herzogenrath**
 hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011

Herr Prast schlägt vor, sich bezüglich des Datenmaterials an die Mini-Job Zentrale zu wenden.

Des Weiteren beantragt er, im Beschlussvorschlag die Worte „**wenn möglich**“ zu streichen.

Der Ausschuss einigt sich darauf, die Worte „**wenn möglich**“ durch „**soweit möglich**“ zu ersetzen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, wird der **geänderte Beschlussvorschlag:**

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beauftragt die Verwaltung für die nächste Sitzung Quellen für die Beantwortung der angefragten Punkte zu eruieren und, soweit möglich, die gestellten Fragen zu beantworten.“

einstimmig angenommen.

Zu TOP 16: **Informationen und Anfragen**

Frau Froese-Kindermann teilt mit, dass die Verträge der Verbraucherzentrale folgende Klausel enthielten: Der Vertrag verlängere sich automatisch um fünf weitere Jahre, wenn dieser nicht zwölf Monate vor Ablauf des Vertrages gekündigt werde.

Die Verwaltung beabsichtige jedoch derzeit nicht, den Vertrag zu kündigen.

Herr Bock findet es bezeichnend, dass die Verbraucherzentrale mit solchen Verträgen arbeite.

Frau Sobczyk teilt mit, dass sie im Rahmen eines Besuches beim Gebrauchtwarenkaufhaus „Patchwork“ darum gebeten wurde, dass der Ausschuss für Arbeit und Soziales dasselbige besuchen solle. Diese Bitte leite sie deshalb an den Ausschuss weiter.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 21.30 Uhr die Sitzung.

Herzogenrath, 11.04.2014

Vorsitz	Zeichnungsberechtigtes Mitglied	Schriftführer